

**Gemeinwohl vor Profite !**

A large red silhouette of a jester or clown, wearing a pointed hat with three pom-poms and a ruffled collar. The jester's right arm is raised in a fist.

**Wahlprogramm 2023  
für den  
Kreis Herzogtum  
Lauenburg**

A red silhouette of a city skyline with various buildings and trees.

**DIE LINKE.**

[dielinke-khl.de](http://dielinke-khl.de)

Gestalte deinen Kreis mit LINKS!

|  |    |
|--|----|
| <b>1. Das Wichtigste vorweg:</b>   |    |
| 1.1 Demokratie, Transparenz, Teilhabe                                      | 3  |
| 1.2 Till träumt und hat Visionen   | 4  |
| <b>2. Glückliches Dasein in allen Lebensbereichen</b>                      |    |
| 2.1. Bildung und Weiterbildung - lebenslänglich!                           | 5  |
| 2.2. Gute Arbeit - gute Löhne  | 7  |
| 2.3. Gesundes Leben ermöglichen  | 8  |
| 2.4. Kultur und Sport fördern  | 11 |
| 2.5. Bezahlbarer Wohnraum. Für alle!                                       | 13 |
| 2.6. Armut erkennen und bekämpfen  | 14 |
| 2.7. Frauen stärken  | 16 |
| <b>3. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe</b>                               |    |
| 3.1. Inklusion und Barrierefreiheit  | 17 |
| 3.2. Mobilität für alle - und bezahlbar!                                   | 18 |
| 3.3. Asylrecht verteidigen, Fluchtursachen bekämpfen - keine „Obergrenzen“ | 19 |
| 3.4. Ältere Menschen: Würdevoll Altern                                     | 20 |
| 3.5. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft                            | 21 |
| <b>4. Klimaschutz und Erhalt unserer Lebensgrundlagen</b>                  |    |
| 4.1. Für einen sozial-ökologischen Politikwechsel in der Kommune           | 21 |
| 4.2. Klimaschutz geht alle an  | 24 |
| 4.3. Landwirtschaft und Ernährung  | 26 |
| 4.4. Rückbau AKW-Krümmel - wohin mit dem Strahlenmüll?                     | 27 |
| <b>5. Kommunalpolitik geht nur mit LINKS</b>                               |    |
| 5.1. Kommunale Selbstverwaltung  | 29 |
| 5.2. Wirtschaft für die Menschen   | 30 |
| 5.3. Gesicherte Kommunalfinanzen   | 31 |
| 5.4. Kreissparkasse - eine für alle  | 32 |
| 5.5. Nein! zu ÖPP - Partnerschaft, die keine ist                           | 32 |
| <b>6. Ein Herzogtum für den Frieden</b>                                    |    |
| 6.1. solidarisch und bunt statt braun                                      | 34 |
| 6.2. Friedensarbeit stärken  | 35 |



## 1. Das Wichtigste vorweg

### 1.1 Demokratie, Transparenz, Teilhabe



**Wir fordern mehr Zugang zu Transparenz und niedrigschwellige Beteiligungsformen direkter Demokratie in den Gemeinden und Kreis im Herzogtum Lauenburg.**

**Lebendige Demokratie** und Politikinteresse braucht eine **starke Zivilgesellschaft** und dieses spiegelt sich an der Wahlbeteiligung der Bürger\*innen immer wieder.

Das Bedürfnis nach Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und damit auch das Bedürfnis nach Transparenz im Sinne von Vertrauen und Ehrlichkeit ist aus unserer Sicht ein grundlegendes Bedürfnis aller Menschen.

Mit anderen Worten: Das Maß an Selbstverwaltung und Mitbestimmung bestimmen maßgeblich die Qualität der Demokratie. Selbstverwaltung ist das positive Gegenstück dessen, was man als Entfremdung bezeichnen könnte.

Von Entfremdung sprechen wir, wenn Menschen in gesellschaftlichen Verhältnissen leben, in denen Menschen, statt ihre Lebensbedingungen selbst zu kontrollieren, von diesen Bedingungen kontrolliert oder von anderen Menschen beherrscht werden.

Linke alternative Kommunalpolitik ist nach diesem Grundverständnis dann erfolgreich, wenn sie es schafft, die Einwohner\*innen von Anfang an mit in Entscheidungsprozesse einzubinden und zwar alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben - unabhängig von ihrer Herkunft!

Politik, die in wichtigen Entscheidungen auf Kreis und Gemeinde Ebene die Bürger\*innen unmittelbar betrifft und auf diese Einfluss nimmt (wie z.B. bei Bauvorhaben, Gesundheitswesen, Personalentscheidungen, Infrastruktur und Umwelt / Naturschutz), **muss mit den Bürger\*innen gemeinsam gestaltet** und entschieden werden, um so die Demokratie und Wahlbeteiligung zu sichern und zu stärken.

Hierzu setzen wir als LINKE für **mehr Transparenz und Beteiligungsformen**, wie z.B. über das Internet sowie freien Zugang zu Visualisierung durch Öffentlichkeitsarbeit und Zugang zu Bürgerbeiräten, ein.

Hier muss das Recht für **Bürgerbeiräte** mit Veto Recht und Antragsrecht auf Gemeinde, Kreis- und Landesebene unmittelbar eingeführt werden, um zu vermeiden und abzuwehren, dass Entscheidungen nicht lediglich auf Basis persönlicher und übergeordneter Interessen Einzelner zu Lasten der Einwohner\*innen getroffen werden.

Demokratie und Bürger\*innen Beteiligung kann nicht nur einen Tag im Rahmen einer Wahl alle 5 Jahre stattfinden, sondern muss jeden Tag ihres Lebens gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen.

Damit fordern wir als Linke wieder zur Rückführung echter lebendiger und barrierefreier Demokratie sowie politische Mitbestimmung der Bürger\*innen / Wähler\*innen durch:

- **niedrigschwellige digitale Zugänge** der E-Partizipation im Bereich von politischen Entscheidungen zur Schaffung von Transparenz und Bürgerbeteiligung
- barrierefreien Zugang zu Visualisierung für Öffentlichkeitsarbeit und **Transparenz im Rahmen von Entscheidungsfragen**
- Sicherstellung des **Mitbestimmungsrechts betroffener Einwohner\*innen** bei Entscheidungsverfahren unter Einbeziehung der Kompetenzen der Bürger\*innen
- Feststellungsverfahren sollen durch Bürgerinitiativen und Bürgerbeiräte begleitet werden.
- Förderung des **Rede- und Antragsrecht von Beiräten** in den jeweils zuständigen Ausschüssen.

- **Bürgerinitiativen**, Volksbegehren, Volksentscheid und das Abwahlrecht stärken und erhalten sowie den Antragsprozess vereinfachen und niedrigschwelliger gestalten
- Stärkere Vereinfachung des **fairen Beschwerderechts** für Bürgerinitiativen sowie Bürgerbeiräten und Bürger\*innen bei politischen Entscheidungen / Verhalten bei der Kommunalaufsicht
- **Transparenz durch Öffentlichkeitsarbeit.**

Wir die Linken im Herzogtum, möchten die Distanz zwischen Bürger\*innen und Politiker\*innen verkleinern und so fördern, dass die Politik die Bürger\*innen mehr einbeziehen. Das Wissen und die Kompetenzen der Bürger\*innen müssen stärker in politische Entscheidungen einfließen.

## 1.2 Till träumt und hat Visionen. Er sieht rot und wählt rot

Till geht gerne in die **Schule**. Hier ist der Ort, wo er sich mit Freund\*innen zum gemeinsamen Erforschen der Weltphänomene trifft. Seine Schule ist ein einziges Forschungslabor und die Lehrer\*innen begleiten und unterstützen Till und seine Freund\*innen bei ihren Aktivitäten. In kleineren und größeren Gruppen arbeiten sie an überschaubaren Projekten. Sie lernen immer besser, sich aus unterschiedlichen Disziplinen das notwendige Fachwissen zur Problemlösung und Projektbearbeitung herauszusuchen. Till arbeitet mit seinem Projektteam u.a. an der Frage, wie es zur Klimakrise kommen konnte und sie entwerfen Möglichkeiten, sie zu überwinden. Gesellschaftliche, physikalische, biologische ... Forschungsergebnisse dienen ihnen dabei, das Problem zu verstehen und **Lösungsperspektiven zu entwickeln**. Jedes Projektmitglied übernimmt bestimmte Aufgaben und trägt so kooperativ zur Bearbeitung der Aufgabenstellung bei. Die Ergebnisse werden im Rahmen eines **Projekttages** „Klimafreundliche Schule“ präsentiert.



Till freut sich auf den Besuch bei seiner **Hausärztin**, auf das entspannte Gespräch mit ihr. Sie arbeitet in einem kommunalen Gesundheitszentrum/Poliklinik als angestellte Ärztin in einem funktionalen Gebäude, in der noch Fachärzt\*innen, Physiotherapeut\*innen, Psycholog\*innen eine Gemeindeschwester sowie Labore unter einem Dach arbeiten. Till fachsimpelt mit seiner Ärztin über Beschwerden und gesunde Lebensweise. Er ist mittlerweile „Experte“ in Sachen seiner eigenen Gesundheit/Krankheit. Gemeinsam beraten sie Strategien und diskutieren auch über Schwierigkeiten, bspw. die Ernährung wirklich grundlegend umzustellen. Sowohl Till als auch seiner Hausärztin **machen die Gespräche Spaß**. Er geht jedes Mal **gesundheitskompetenter** aus ihrem Sprechzimmer und seine Hausärztin freut sich darüber, ihr Fachwissen weitergeben zu können. Das Verschreiben von Medizin ist eher Nebensache geworden.

Seit Einführung des kostenlosen **Kulturtickets** incl. der kostenlosen Nutzung des ÖPNV hat Till seinen festen monatlichen Kulturtag. Alleine oder auch nach Verabredung mit Freunden besucht er Museen und Ausstellungen in Kreis. Über diese Aktion ist Till ein richtiger Kulturfan geworden und

besucht auch Ausstellungen in den Nachbarkreisen und Städten. **Kultur ist zu einem wichtigen Bestandteil in seinem Leben geworden.** Er überlegt, ob er sich in der Volkshochschule zu einem Malkurs anmeldet.

Till hat sich vor drei Jahren entschlossen, alle **Fahrten** in seiner Stadt ausschließlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erledigen. In seiner Stadt gibt es ein gut ausgebautes Fahrradnetzwerk. Jedes Jahr nimmt er an der Aktionswoche seiner Gemeinde unter dem Motto „Gesunde Gemeinde - bewegungsfreundliche Gemeinde“ teil. Sein Fahrrad ist tiptopp in Schuss dank einer Fahrradreparatur-Initiative in seinem Ort. Hier treffen sich die Gemeinderadler\*innen und reparieren ihre Räder, fachsimpeln und **geben sich gegenseitig Tipps.**

Dieses sind nur einige von Tills Visionen. In diesem Sinne steht unser Wahlprogramm.



## 2. Glückliches Dasein in allen Lebensbereichen

### 2.1 Bildung und Weiterbildung - lebenslanglich!

Bildung genießt gemeinhin einen guten Ruf. Mit Bildung verbinden wir so wichtige Prozesse wie Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung, das Ideal des **mündigen, weltoffenen Menschen.** Durch Bildung besteht die Möglichkeit, die Funktionsweisen von Gesellschaften in dieser Welt zu begreifen und zu einem friedvollen Zusammenleben beizutragen.

Bildung ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft und die Menschen verbringen immer längere Phasen ihres Lebens in Bildungseinrichtungen.

In der Regel verfügen Entscheidungsträger\*innen in Politik und Wirtschaft über akademische Abschlüsse. Gleichzeitig aber lassen sich soziale Ungerechtigkeiten in unterschiedlichen Formen feststellen und die Entscheidungsträger\*innen haben Schwierigkeiten, die ökologische Krise oder auch die Krise im Gesundheitssystem in den Griff zu bekommen. Hält also Bildung wirklich, was sie gemeinhin verspricht?



Dieses Wahlprogramm ist nicht der Ort einer Analyse des Bildungssystems. Wir als Mitglieder der LINKS-Partei gehen von der Hypothese aus, dass **das Bildungssystem reformbedürftig ist.** Mit dieser Sicht stehen wir nicht allein. 1.116 Schulleitungen, die sich an der „Cornelsen Schulleitungsstudie 2022 - Schule zukunftsfähig machen“ beteiligt haben, sehen in der Mehrheit sowohl inhaltlichen wie in den Unterrichtsmethoden einen erheblichen Reformbedarf. Und es gibt da kaum Tabus. Ganz oben auf der Wunschliste der Schulleitungen stehen Themen wie „Digitale Bildung und Mündigkeit“ (92%), „Gesundheit und Ernährung“ ((90%), „Demokratie und Civic Education“ (88%), „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (88%) „Klimawandel“ (83%) und „Weltwissen“ (74%). Eine Schulleitung bringt es in der Studie auf den Punkt: „**Die Aufgabe der Schule ist es, junge Persönlichkeiten zu bilden, welche sich mit den großen gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen können.**“

Viele Schulleitungen wünschen sich eine **Veränderung der Unterrichtsformen**: Vernetzter Fachunterricht, fächerübergreifender Unterricht, projektorientiertes Lernen. Ein Unterricht, der es den Schüler\*innen erlaubt, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und auszubauen. Und das Ganze sollte dann von sog. multiprofessionellen Teams begleitet werden.

Die LINKE unterstützt diese Reformbestrebungen schulischen Unterrichts. Wir streben ein Bildungssystem an, das die Menschen befähigt, u.a. die großen gesellschaftlichen Probleme im Interesse aller Menschen zu bearbeiten und zu lösen.

Wir streben ein Bildungswesen an, in der nicht Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Selbstoptimierung im Vordergrund steht, sondern **in dem sich Fähigkeiten und Haltungen entwickeln können**, in der die Sorge füreinander, für den Planeten und die eigenen Lebensbedingungen und letztlich die Sorge für sich selbst im Mittelpunkt stehen.



Junge Menschen müssen aus unserer Sicht ein Verständnis dafür entwickeln können, wie unsere Erde als Lebensgrundlage und unsere Gesellschaften in und auf ihr funktionieren. Sie müssen die Ursachen der globalen Krisen erkennen und eine Vorstellung davon entwickeln können, wie alle sozial-ökologisch verantwortlich gut miteinander leben können.

Die Zukunftsfähigkeit einer Kommune hängt von den Kindern ab. **Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft**. Kommunale Bildungslandschaften zu gestalten und ein gutes, lebenslanges Lernen generationsübergreifend zu ermöglichen ist ein zentrales Anliegen linker Politik.

Die Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft wird den freiwilligen Aufgaben der Kommunen zugerechnet, obwohl dies eine entscheidende Zukunftsaufgabe ist. Die Kommunen sind somit neben dem Bund und den Ländern im erheblichen Maße für das Bildungsangebot vor Ort verantwortlich. Sie sind Träger vieler Kindergärten, Schulen sowie Jugendzentren und Jugendhilfeeinrichtungen und sie gestalten kulturelle Erfahrungen (z. B. Theater, Konzerte). Als weitere Bildungsangebote sind die Volkshochschulen, die Kreismusik- schule und das kommunale Büchereiwesen zu nennen.

### Wofür setzen wir uns ein?

- Ziel linker kommunaler Bildungslandschaften ist es mit Einwohner\*innen in einer Region gemeinsam vielfältige Bildungsmöglichkeiten zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Wir werden im Sozial- und Bildungsausschuss des Kreises eine Diskussion anregen mit dem Ziel, Perspektiven für eine **Transformation der Bildungslandschaft im Kreis** zu entwickeln.
- Wir werden im Kreis einen **Beirat „Schulentwicklung“ beantragen**. In diesem Beirat haben Schüler\*innen, Eltern, Lehrer\*innen und interessierte Bürger\*innen Gelegenheit, sich mit dem Thema Schulentwicklung auseinanderzusetzen und konkrete Vorschläge für Transformationsprozesse zu entwickeln.
- Wir streben **eine Schule für alle** an
- Bis es so weit ist, müssen wir die Qualität der Schulen und Bildungseinrichtungen verbessern. So sollten Ganztagschulen auch an den Nachmittagen qualitativ hochwertige Angebote durch gut ausgebildetes Personal zur Verfügung stellen. Für ein **Mehr an Bildungsgerechtigkeit** müssen die Etats für die Nachmittagsangebote sowie für mehr Schulsozialarbeit aufgestockt werden. Außerdem sollte es selbstverständlich sein, dass alle Schüler\*innen ein **kostenloses und gesundes Mittagessen** bekommen.

- Kein Kind sollte die Schule ohne Abschluss verlassen. Um Brüche in den persönlichen Bildungslebensläufen zu verhindern, **brauchen Kinder und Jugendliche Unterstützung** in den Übergängen Kita - Schule - weiterführende Schule - Studium
- **kleine Klassenverbände**, um die Lernbedingungen für alle Schüler zu verbessern
- Ausbildung und Einstellung von **mehr Lehrkräften**
- **Günstige Theater- und Musikangebote**, Unterstützung der Kreismusikschule
- **Freiwilliges Engagement fördern** (Konzeptentwicklung, Umsetzung)
- **Lebenslanges Lernen** unterstützen und initiieren, Sicherung und Ausbau der Angebote der Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Erwachsenenbildung.
- Förderung und keine Schließung kleiner Schulstandorte (**kurze Beine - kurze Wege**)
- Entwicklung einer **schülergerechten Didaktik** und umfassende Aus- und Weiterbildung und Unterstützung von Lehrkräften im Bereich digitaler Arbeitsmittel und Medien.
- Die **Volkshochschule muss in Kreisobhut**, d.h. finanzielle und personelle Ausstattung wird durch den Kreis gewährleistet wie z.B. bereits bei der Kreismusikschule.



## 2.2 Gute Arbeit - gute Löhne

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und kürzere, geregelte Arbeitszeiten, die mit dem Zusammenleben mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind. Jedoch sind diese **Lebensvorstellungen und berechtigten Ansprüche** fernab der Lebensrealität von vielen Beschäftigten und Selbständigen. Viele Menschen arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen dennoch mit ihrem Arbeitslohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit.



DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen **für Mindestlöhne, Allgemeingültigkeit von Tarifverträgen, reguläre Beschäftigungsverhältnisse und öffentlich geförderte Beschäftigung ein**. Unser Ziel sind sichere Arbeitsplätze, von denen die Beschäftigten ihren Lebensunterhalt ohne anderweitige Hilfen bestreiten können und die ihnen eine befriedigende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Auch Landkreise und Kommunen als **öffentliche Arbeitgeber müssen ihrer Vorbildfunktion** gerecht werden und eine Vorreiterrolle für gute Arbeitsverhältnisse und -löhne einnehmen: Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen wollen wir daran knüpfen, dass Tarifverträge eingehalten werden und an Kriterien der Gewerkschaften für gute Arbeit gebunden sind. Näheres soll eine vom Kreistag zu beschließende Vergaberichtlinie regeln.

Ebenso gilt: Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen sind auszuschließen. Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmop, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** nur an Unternehmen, die Tarifverträge einhalten und an die Kriterien der Gewerkschaften für gute Arbeit gebunden sind.
- Befristete Arbeitsverträge eingrenzen bzw. ausschließen.
- **Regional ansässige Betriebe** sollen bei öffentlichen Ausschreibungen stärker berücksichtigt werden, sofern sie die sozialen Standards erfüllen.
- DIE LINKE will die **Ansiedlung von Betrieben unterstützen**, die Arbeitsplätze schaffen und Tarif- und Mindestlöhne zahlen, die ein Leben in Würde und im Alter eine angemessene Rente gewährleisten.
- Zur Stärkung des ländlichen Raumes sind Kooperationen von Gemeinden zur **Gründung von Technik- und Gründerzentren** zu fördern.
- **Regionale Erzeuger- und Verbrauchergemeinschaften** sollen gestärkt werden.

### 2.3 Gesundes Leben ermöglichen

#### Gesundheit ist mehr als Abwesenheit von Krankheit

Wie wir mit Fragen der Gesundheit umgehen, gibt einen guten Einblick in den allgemeinen Charakter unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Wie stark kümmern wir uns um die gesundheitlichen Lebensbedingungen? Welche Priorität haben diese? Inwieweit richtet sich die Gesundheitsversorgung nach den realen Bedürfnissen der Menschen?

Gesundheitspolitik ist nicht auf den medizinischen Bereich und das Gesundheitswesen allein reduzierbar. Arbeitsbedingungen, Ernährung, Wohnverhältnisse, Bildung, der Charakter der sozialen Beziehungen, Freizeit und Kulturverhalten und vieles mehr bilden die Grundlage für die Entfaltung der physischen und psychischen Gesundheit der Menschen.

Wie eng die Wechselwirkung zwischen Gesundheit/Krankheit und den sozialen Verhältnissen ist, zeigte bereits der Virologe Rudolf Virchow. **Eine kluge Sozialpolitik, so formulierte er es sinngemäß, ist die beste medizinische Vorsorge gegen die meisten Krankheiten.**

In diesem Sinne liegt unserer Gesundheitspolitik eine präventive, krankheitsvorbeugende Perspektive zugrunde.





In der *Präambel der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation WHO von 1948* heißt es: „Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitsniveaus ist eines der Grundrechte jedes Menschen, ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit [original: „race“], der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“

In professionalisierten Bereichen der Gesundheitsfürsorge müssen aus unserer Sicht **solidarische, erfüllende und fürsorgliche Beziehungen im Vordergrund stehen**. Dies ist etwas grundlegend anderes als Sorgetätigkeit nach wirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten zu gestalten, deren logische Konsequenz Zeitknappheit, Personalmangel etc. sind. Die eigentliche Qualität von Sorgetätigkeit geht hier verloren.

### Netzwerke und die poliklinische Idee

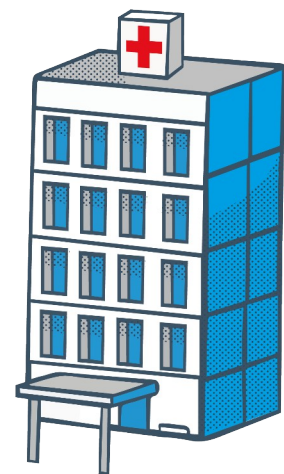
Um eine umfassende gesundheitliche Vorsorge zu gewährleisten, bedarf es der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ein- und Fachrichtungen des Gesundheitswesens - von der lokalen, ambulanten und allgemeinmedizinischen Betreuung bis zur spezialisierten stationären Behandlung.

Von entscheidender Bedeutung ist die ambulante, d.h. wohnortnahe Versorgung. Hier scheint uns eine grundlegende Umgestaltung sinnvoll und notwendig. Wir orientieren uns dabei an der **Idee der Polikliniken bzw. Gesundheitszentren**. Menschen werden in diesen Strukturen nicht nur bei Krankheit versorgt, sondern auch in Gesundheitsfragen beraten. Darüber hinaus muss die Abhängigkeit der Gesundheitsversorgung von Krankheit und einem pauschalisierten Abrechnungssystem perspektivisch überwunden werden.

Die poliklinische Idee bezeichnet eine Art und Weise der ambulanten medizinischen Betreuung, bei der Ärzte und Ärztinnen und andere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unabhängig von persönlichen wirtschaftlichen Erwägungen unkompliziert zwischen den einzelnen Fachgebieten sowie mit den Krankenhäusern zusammenarbeiten und die Einheit von vorbeugenden, therapeutischen und nachsorgenden Maßnahmen gestalten können.

Dass dies nicht nur Zukunftsmusik ist, zeigt bspw. die Existenz des Poliklinikums in Hamburg-Veddel. Der dort arbeitende Hausarzt will „nicht nur wissen, wie gut oder schlecht seine Patienten schlafen, sondern auch wo. Ob die Schlafzimerdecken schimmelig sind. Ob die Räume zu klein sind. Ob die Luft gut ist oder ob sie schlecht ist.“ (ÄrzteZeitung, 28.11.2021) Medizinische Versorgung wird hier auch als eine Angelegenheit bspw. der Wohnungs- oder Umwelt-Politik verstanden.

• Die Poliklinik HH-Veddel besteht aus einer Hausarztpraxis, einer Hebammenpraxis und der *Gruppe für Stadtteilgesundheit und Verhältnisprävention e.V.*. Zusätzlich kooperieren im Gebäude noch weitere Dienste, wie eine Gesundheits- und Sozialberatung, eine psychologische Beratung, die Gemeinwesenarbeit oder die Community Health Nurse (Gemeindegeschwester, d.V.) Einmal im Monat treffen sich die multiprofessionellen Versorger zu Fallbesprechungen.“ (ebenda)



### Wofür wir uns einsetzen!

- Anknüpfend an die Forderung des bundesweiten Netzwerkes Care Revolution, Betroffene als Expert\*innen ihrer eigenen Belange an der Gestaltung von Gesundheitsversorgung zu beteiligen, schlagen wir die **Einrichtung eines Sozial- und Gesundheitsbeirates** auf Kreisebene vor. Es stehen viele Aufgaben an. Von der Teilhabe- und Pflegestrukturplanung über das Gesundheitswesen bis hin zum demographischen Wandel. Aber auch Themen der Integration, zukunftsgerechtes Wohnen und Demenz können auf der Agenda stehen.
- Die LINKE im Kreistag wird einen **Prüfauftrag** zur Durchführung eines Modellprojektes „**Poliklinik**“ in einen der Städte im Kreis einbringen.



### Unsere kurzfristigen Forderungen:

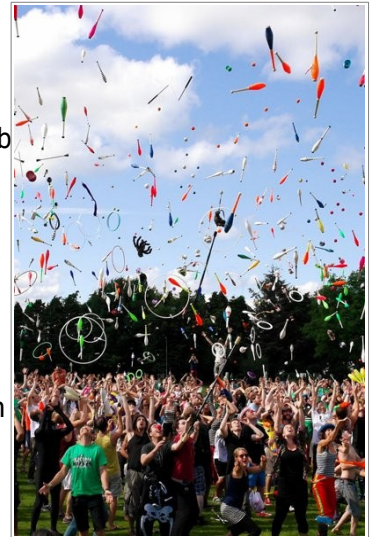
- eine **bessere ärztliche Versorgung**. Wir werden im Kreistag den Antrag auf eine fundierte Bedarfsanalyse einbringen mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Etablierung von Haus- und Fachärzt\*innen.
- **Erhalt unser beiden Krankenhäuser** im Kreis (Geesthacht und Ratzeburg)
- die Wiedereinrichtung der **Geburtsstation** am DRK-Krankenhaus in Ratzeburg und den Erhalt der Geburtsstation in Geesthacht,
- eine **verbesserte rettungsdienstliche Infrastruktur**, so dass die gesetzlich vorgesehenen Hilfsfristen in der Praxis eingehalten werden.
- **Rekommunalisierung** von Pflegeeinrichtungen
- eine **würdevolle Pflege**. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um auf kommunaler Ebene zum Ausbau guter Pflegeangebote, unabhängig vom Einkommen der Betroffenen, beizutragen. Dies bedeutet: Die Anzahl und Qualifikation des Pflege- und Krankenhauspersonal muss erhöht werden, die Beschäftigten müssen eine angemessene Bezahlung erhalten und die technische Ausstattung muss den zeitgemäßen Möglichkeiten entsprechen. Langfristig fordern wir die Rekommunalisierung von Pflegeeinrichtung sowie eine Finanzierungs-Struktur-Reform.
- verbindliche **Festlegung regionaler Gesundheitsziele** in Form von öffentlichen kommunalen Gesundheitskonferenzen. Die Konferenzergebnisse müssen transparent der Öffentlichkeit in Form einer verständlichen Gesundheitsberichterstattung bekannt gemacht werden.
- Prüfauftrag zur Einführung von lokalen, kommunalen, mobilen **Gesundheitspfleger\*innen** (ehem. Gemeindeschwestern)
- ein **Gutachten zur gesundheitlichen Situation** der Menschen im Kreis durchführen mit dem Ziel gesundheitsfördernde Maßnahmen zu ermitteln.

## 2.4 Kultur und Sport fördern

### Kultur

Kulturelle Vielfalt und die Künste in allen ihren Ausdrucksformen sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Die notwendigen Rahmenbedingungen und Freiräume für ihre Entwicklung zu schaffen ist deshalb für uns als Linke wesentlicher Bestandteil in unserem Ringen für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaft.

DIE LINKE tritt für eine **demokratische Kultur** ein, in der alle Gruppen und Milieus ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. **Alle Menschen** sollen die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben und dem kulturellen Reichtum dieser Gesellschaft haben. Das erfordert kulturelle Bildung von Anfang an. Der Zugang zu Bildung und Kultur, zu den traditionsreichen wie auch den modernen Kultur- und Kommunikationsformen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und entscheidet wesentlich über die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen und der Gesellschaft. **Kultur und kulturelle Bildung sind Voraussetzung für Emanzipation.**



#### Und dafür setzen wir uns ein:

- Schaffung von **Stadtteilzentren**, Nutzung günstiger Räumlichkeiten für Künstler\*innen und Kulturschaffende im Kreis. Prüfen, ob das leerstehende KSK Gebäude in Ratzeburg genutzt werden kann.
- Jede/r Kreisbürger\*in erhält einmal im Monat ein **kostenloses Kulturticket** für alle öffentlichen Museen und Kultureinrichtungen und eine kostenlose Fahrt im ÖPNV dorthin.
- Wir setzen uns für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung ein und wenden uns gegen eine schrankenlose Liberalisierung und kommerzielle Verwertung kultureller Leistungen, **gegen Privatisierungen** und den Abbau öffentlicher Infrastruktur.
- Wir wollen die **Vielfalt der Träger** kultureller Produktion erhalten und fördern - von öffentlichen und freigemeinnützigen Initiativen bis hin zu unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen und künstlerischen Produktionsfirmen.
- Wir wollen das **kulturelle Leben** in allen Regionen und Milieus fördern. Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich.
- Künstler\*innen und alle Kulturschaffenden sollen **von ihrer Arbeit leben** können und sozial abgesichert sein.
- DIE LINKE wird ihren Beitrag für eine demokratische **Erinnerungskultur** leisten. Wir wollen uns der Kulturgeschichte des früher geteilten Landes in seinem europäischen Kontext vergegenwärtigen.
- **Keine einseitige Förderung** großer Kultureinrichtungen.
- **Stärkere öffentliche Förderung** von Kunst und Kultur entgegen lokaler Dominanz von der „Stiftung Herzogtum Lauenburg“.
- **kostenlose Nutzung** von Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche.
- Dauerhafte finanzielle Absicherung des Angebotes der **Kreismusikschule** von Musikunterricht für Kinder.
- Einrichtung einer **Restkartenbörse** aller öffentlichen Kultureinrichtungen zur kostenlosen Abgabe der Tickets an Bedürftige.

## Sport

Die sportliche Landschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Neben dem traditionellen Wettkampf- und Leistungssport in den Sportarten hat sich ein eigenständiger Bereich des Freizeit- und Gesundheitssport etabliert, der andere Zielsetzungen als der Leistungs- und Wettkampfsport verfolgt wie z.B.: Spaß an der Bewegung, lebenslanges Sporttreiben, Erhalt der Fitness und Gesundheit, Begegnung und Kooperation, Wohlbefinden.

Von besonderer Bedeutung sind die frühkindliche Bewegungserziehung sowie Bewegung und Sport im Kindes- und Jugendalter. **Dass Bewegung und Sport Spaß machen**, diese Erfahrung ist jedem Kind zu ermöglichen. Mit solchen Erfahrungen wird der Grundstein für einen lebenslangen bewegungsorientierten Lebensstil gelegt.

Sport ist ein untrennbarer Bestandteil der Selbstverwirklichung des Menschen. Kein Mensch darf daher wegen seiner Abstammung, Nationalität oder Sprache, seiner wirtschaftlichen oder sozialen Lage, seines Geschlechts, Alters oder aufgrund einer Behinderung vom Sport ausgeschlossen werden. Unser Ziel ist es, das Sporttreiben für alle zu ermöglichen.

Die Sportförderung muss ausgebaut werden. Dies schließt eine ausreichende Finanzausstattung ein.

„Mehr Bewegung im Alltag - meine Stadt/Gemeinde macht Lust auf Bewegung“ - Unter diesem Motto wollen wir im Kreistag anregen, Beispiele, Aktionen, Maßnahmen aus den einzelnen Städten und Gemeinden im Kreis zu ermitteln, um die Diskussion um eine **bewegungsfreundliche Stadt/Gemeinde** anzuregen. Dies können bauliche Maßnahmen sein, Aktionstage u.v.m.



### Die LINKE setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- Einen **Sportstättenentwicklungsplan** aufzustellen, vorhandene Sportflächen und Sportstätten zu erhalten, weiterzuentwickeln und dem Bedarf entsprechend auszubauen.
- Die personelle, räumliche und finanzielle **Förderung des Gesundheits- und Freizeitsports**, so dass dieser für alle zugänglich wird.
- Eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie kostenlose **Nutzung öffentlicher Sportstätten** und Schulsporteinrichtungen ist flächendeckend zu ermöglichen.
- Sportvereine, -gruppen und -initiativen, insbesondere mit hohem Anteil von Kindern, Jugendlichen sind **kontinuierlich finanziell zu fördern** und die Übungsleiter\*innen zu unterstützen.
- Einrichtung und Finanzierung der Stelle einer/eines **Jugend-Bildungs-Referent\*in**
- Besonders kleine **gemeinnützige Sportvereine** im ländlichen Raum sind finanziell bzw. organisatorisch zu unterstützen, damit ihr Fortbestand für den Breitensport gesichert ist. Z.B. kostenfreie Nutzung von gemeindeeigenen Sportstätten, kostenloses Konto bei der KSK.
- **Beteiligung der Kommune** an Sportstätten des Leistungssports, die auch für Jugend- und Breitensportaktivitäten zur Verfügung stehen.
- Erhalt und Ausbau des Netzes **kommunaler Schwimmbäder**, so dass alle Kinder bereits in der Kita oder in der Grundschule an einem kostenlosen Schwimmunterricht teilnehmen können.
- Stärkung der Attraktivität **freiwilligen Engagement** in Sport und Kultur (z. B. kostenlose Weiterbildungsangebote) und Entwicklung einer Wertschätzungskultur.
- Aktion/Initiative: „**Unsere Stadt soll bewegungsfreundlich werden**“
- Aufarbeitung von **Corona-Defiziten**

***Bewegung ist eine gute Gesundheitsprohylaxe /ein gute Medikament.***

*„Gäbe es ein Medikament, das unser Herz stärkt, den Blutdruck senkt, den Blutfettspiegel günstig beeinflusst, die geistige Wachheit fördert, peripher entspannend wirkt, die Belastbarkeit der Knochen und Sehnen verbessert, unsere Muskeln wachsen lässt und die Durchblutung fördert und, nicht zu vergessen, unser Leben verlängert, dabei ohne Nebenwirkungen ist - was würden wir dafür bezahlen?“*

*(Prof. Dr. Wildor Hollmann, Sportarzt, ehem. Leiter des Institutes für Sportmedizin an der Deutschen Sporthochschule in Köln)*

## 2.5 Bezahlbarer Wohnraum. Für alle!

In großen Städten, Ballungszentren und Metropolregionen wie Hamburg und seinem Umland explodieren die Mieten. In Schleswig-Holstein gibt es 250.000 Empfänger von Sozialhilfeleistungen, jedoch nur knapp 50.000 Sozialwohnungen.

Weil die Mieten nicht mehr bezahlbar sind, werden viele aus ihren Wohnungen verdrängt. Die Städte verändern sich: Die attraktiven innenstadtnahen Wohnlagen sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Auszubildende, Menschen mit geringem Einkommen und Rentner\*innen werden verdrängt. Zunehmend sind auch Menschen mit mittleren Einkommen von Verdrängungsprozessen betroffen. Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle.

Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert viele Menschen.

Parallel dazu steigen die Mieten immer weiter, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht hat: **Das Kapital walzt durch die Städte.** Im Zuge der Finanzkrise und angesichts von niedrigen Zinsen suchen Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten: Sie kaufen Mietshäuser und „modernisieren die Mieter heraus“: Die **Bestandsmieten steigen**, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken große Gewinne. DIE LINKE stellt deswegen die Interessen der Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt und unterstützt alle, die sich **gegen Mietwucher** und Verdrängung wehren! **Wohnen ist ein Menschenrecht, das nicht dem Markt überlassen werden darf.**

**Wir setzen uns im Kreis Herzogtum Lauenburg dafür ein:**

- Investitionen: Der Kreis und die Städte müssen gewährleisten, dass für alle Einwohner\*innen **bezahlbare Wohnungen** zur Verfügung stehen.
- Planung: Keine Neubaugebiete ohne einen hohen Anteil von **Sozialwohnungen** und kleinen Wohneinheiten.
- **Privatisierung Stoppen:** Wir wollen Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen. In erster Linie Kommunen, aber auch Genossenschaften und Mieter\*innengemeinschaften wollen wir den Rückkauf von Wohnungen ermöglichen und dadurch die öffentliche Hand entlasten.
- Gründung einer **gemeinnützigen Kreiswohnungsbaugesellschaft.**
- Wir unterstützen die Volksinitiative des Mieterbundes/ SoVD zur Verankerung des Rechts auf angemessenen und **bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung.**
- **Nutzungsänderung** von leerstehenden Gewerberäumen in Wohn-, Sozial- oder Kulturräume, z. B. das ehemalige Kreissparkassengebäude am Ratzeburger Marktplatz.
- **Sanierung** statt Neubau



## 2.6 Armut erkennen und bekämpfen

„Die Kenntnis über Umfang und Strukturen von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für **eine Politik der sozialen Integration.**“

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, formuliert, dass Armut nicht auf existenzielles "Elend" reduziert werden dürfe. Sie beginne bereits dort, wo Menschen aus **finanzieller Not von ganz normalen Aktivitäten ausgeschlossen** werden und am Leben einer Gesellschaft nicht mehr teilhaben können. Das drücke die 60- Prozent-Schwelle gut aus.

Ein Mensch, der mit weniger als 60 % des Durchschnittseinkommen auskommen muss, gilt demnach als arm.

Das Bundesarbeitsministerium hat Ende 2022 Zahlen veröffentlicht. Danach ist die sogenannte Armutsgefährdungsquote für Kinder und Jugendliche im vergangenen Jahr auf einen Höchstwert gestiegen - nämlich auf 20,8 Prozent. Das bedeutet: In Deutschland ist jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht.



Statistisch gesehen leben in Schleswig-Holstein demnach 100.000 Kinder und Jugendliche in Armut oder sind davon bedroht. Das ist **jedes fünfte Kind**. Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein geht davon aus, dass es wegen der aktuellen Energiekrise noch mehr werden.

Das heißt von diesen Heranwachsende sind einen Großteil in ihrer Kindheit und Jugend relativer Armut ausgesetzt. Kinder und Jugendliche existieren damit von einem Einkommen, mit dem sie nicht am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Auch im Herzogtum Lauenburg steigt die Kinderarmut. Eine zentrale Ursache für Kinderarmut ist die Armut von Eltern bzw. von Familien. Bei prekärer und atypischer Beschäftigung liegt Schleswig-Holstein weit vorne.

Von Armut bedroht sind in Schleswig-Holstein besonders **Alleinerziehende, von denen 41 % Bürgergeld-Leistungen** beziehen, um ihre und die Existenz ihrer Kinder sichern zu können. Dies betrifft insbesondere Frauen, da sie den überwiegenden Teil der Alleinerziehenden ausmachen.

Ein steigendes Problem stellt auch die Altersarmut dar. 3.4 % der **Rentner\*innen** erhalten Grundsicherung und 13 % arbeiten, davon die Hälfte, weil ihre Rente nicht ausreicht. Eine weitere Gruppe, die mit 28 % ebenfalls besonders von Armut bedroht ist, sind Menschen **mit Migrationshintergrund**.

Armen und von Armut bedrohten Menschen muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Sei es durch kostenlose Freizeitangebote, eine unabhängige Beratung zu sozialen Belangen oder die Schaffung eines **Sozialpasses**. Der kommunale Sozialpass bietet die Möglichkeit, auf regionaler Ebene den Betroffenen schnell und wirksam zu helfen, auch wenn dadurch das grundsätzliche Problem nicht gelöst wird. Aus diesen Initiativen heraus hat sich die Idee entwickelt, für einen **entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr** zu streiten.

Hier können Verbesserungen vorgeschlagen und erkämpft werden:

- Erstellung eines **Armutsberichtes** für die Kommune, um daraus abzuleiten, wer Unterstützung braucht und wo Maßnahmen zur Armutsbekämpfung notwendig sind.
  - Eine erweiterte Kinderbetreuung in **kleinen Gruppen**.
  - Erweiterung der **kostenlosen Freizeitangebote**.
  - Kinder aus armen Familien brauchen **bessere Startchancen**.
  - Alleinerziehenden die Möglichkeit bieten **Beruf und Familie zu vereinbaren**.
  - Der Kreis ermöglicht **Erwerbslosen eine Interessenvertretung** und richtet dazu einen Beirat ein.
  - Kostenlose, unabhängige, hauptamtliche **Beratungsangebote** zu allen sozialen Belangen.
  - Hauptaufgabe der **Jobcenter** sollte es sein, Erwerbssuchenden zu helfen eine gute Arbeit zu bekommen.
  - **Hilfestellungen** auf kommunaler Ebene:
  - Einrichtung eines **Beschwerdemanagements** für Betroffene von Leistungen nach dem SGB II.
  - Unabhängige **Behörden-Lotsen** beim Besuch von Ämtern.
  - **Gegen den Einsatz von Ein-Euro-Jobber\*innen** in der Kommune, für kommunale Beschäftigungspolitik.
  - Bündnis für ein Sozialpass - **entgeltfreier Nahverkehr**.
  - **Verbot von Stromsperrn** bei kommunalen Energieversorgern.
- **Ein Jobcenter für Lauenburg:**  
 Uns ist klar, dass das Sozialgesetzbuch (SGB) ausschließlich Bundesgesetze umfasst, auf die die Kommunen keinen direkten Einfluss haben. Sie sind aber an der Umsetzung beteiligt und tragen z.B. die Kosten der Unterkunft. Hier sollte man Hilfesuchenden einen einfachen Zugang zu Leistungen gewähren. Konkret für unseren Kreis Herzogtum Lauenburg fordern wir einen Jobcenter-Standort in Lauenburg, und zwar einen mit einer Leistungsabteilung und nicht nur für gelegentliches Bewerbungstraining, wie es kurzzeitig angeboten wurde. Bisher war es so, dass Lauenburger:innen nach Schwarzenbek oder Geesthacht fahren mussten, um Leistungen zu beantragen. Dieses ist vor dem Hintergrund einer angespannten Finanzlage aus unserer Sicht nicht zumutbar und auch nicht im Sinne des Klimaschutzes. Weiter hatte unsere Kreistagsfraktion 2019 eine Anfrage zum Thema Sanktionen bei Terminversäumnis gestellt. Aus den Zahlen dieser Anfrage kann abgelesen werden, dass Lauenburger:innen deutlich überproportional von diesen betroffen sind und eben diese Kürzungen bei Terminversäumnissen bleiben auch bei dem neuen Bürgergeld. Wir vermuten einen Zusammenhang mit dem fehlenden Jobcenter-Standort Lauenburg. Also Lauenburg braucht ein Jobcenter!
  - **Keine Gebühren für Einkommensschwache:**  
 Wenn man Dienstleistungen der Kommunalverwaltung in Anspruch nimmt, dann werden Gebühren fällig. Das ist auch in Ordnung, jedoch ist zu prüfen, ob man in Fällen finanzschwacher Antragsteller:innen, eine Gebühr reduziert bzw. erlassen werden kann. Dieses könnte ohne großen Prüfaufwand z.B. durch Vorlage eines entsprechenden Rentenbescheides erfolgen. So würde bei Verlängerung des Personalausweises oder Ausstellung eines Reisepasses eine kleine finanzielle Entlastung gewährt.



## 2.7 Frauen stärken

Es gibt noch viele Hindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Wir sind von einer tatsächlichen **Gleichberechtigung der Geschlechter** noch weit entfernt.

Die Lage von Frauen im Kreis Herzogtum Lauenburg erfordert sehr konkrete Unterstützungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Geld.

Frauen bekommen in Schleswig-Holstein rund 495 € weniger Altersrente als Männer (Frauen 774 €, Männer 1.269 €) und erreichen damit noch nicht einmal das Grundsicherungsniveau. Frauen sind vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel und Tourismus beschäftigt. In diesen Bereichen gibt es einen hohen Anteil an Teilzeit und geringfügig Beschäftigten. Frauen bekommen demzufolge überproportional niedrige Arbeitslöhne. In Schleswig-Holstein gibt es rund 56.000 Alleinerziehende, 91 % davon sind Frauen.

**Wir wollen ein „Herzogtum“ in dem beispielhaft und vorbildlich die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung umgesetzt werden:**

Eigenständige **Existenzsicherung**, **paritätische Teilhabe** an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, **gleicher Lohn** für gleiche und gleichwertige Arbeit, das Recht auf **Selbstbestimmung** in allen Lebensbereichen und **mehr Zeit zum Leben**.

Für DIE LINKE ist Frauenpolitik kein Gedöns und keine Extra-Politik. Wir prüfen alle Vorschläge mit der Frage, welche Auswirkungen sie für die Frauen im Kreis haben und was die Lage der Frauen im Herzogtum Lauenburg explizit verbessern kann. Das ist auch unser Maßstab im Kreistag und in den Stadtparlamenten.



**Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:**

- Bedarfsgerechte Ausstattung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von **Schutzeinrichtungen** für Frauen z.B Frauenhäuser.
- Bedarfsgerechte Ausstattung, personelle Aufstockung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von **Frauenberatungsstellen**, Frauen- und Mädchenprojekten wie z.B. die Landgrazien, Beratungsstelle Schwarzenbek.
- Erweiterung des Stundenumfangs der **Kreis-Gleichstellungsbeauftragten** auf eine Vollzeitstelle.
- Konsequente Umsetzung des Grundsatzes „**Gleicher Lohn** für gleiche und gleichwertige Arbeit“ und Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben.
- **Paritätische Besetzung** aller Führungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Kreises und der Kommunen.
- Überprüfung aller haushaltsrelevanten Entscheidungen mit Wirkung auf die **Geschlechtergerechtigkeit**.
- **Frauen- und Sammeltaxis** in den Abend- und Nachtstunden.
- Ein umfassendes Konzept zur **Gewaltprävention**.



### 3. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

#### 3.1 Inklusion und Barrierefreiheit

Inklusion betrifft uns alle persönlich. Die Bereitschaft der Gesellschaft und somit aller ihrer Mitglieder etwas zu ändern und gemeinsam einen Paradigmenwechsel herbeizuführen bietet eine Grundvoraussetzung für die Idee der Inklusion.

Die Lebensentwürfe der Menschen sind heute so vielfältig wie noch nie, so dass der Versuch einer Definition von „Normalität“ in einer inklusiven Gesellschaft geradezu ausgeschlossen ist.

Aus unserer Sicht ist soziale Inklusion dann vollständig erfüllt, wenn **jedes Individuum in der Gesellschaft vollständig akzeptiert wird** und dadurch in jedem Bereich seines Lebens teilnehmen bzw. teilhaben kann. Jeder Mensch ist dabei ein vollkommen gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft und das Vorhandensein von Unterschieden wird als Bereicherung verstanden.

Inklusion ist ein Ziel bzw. Ideal, das nur schrittweise zu erreichen ist.

Eine Behinderung entsteht, wenn ein Mensch auf Barrieren in seiner Umwelt trifft.

Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut ist dann ein Instrument, um dem Betroffenen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

#### **Kommunalpolitisch sehen wir uns vor folgenden Aufgabenstellungen:**

- Förderung der Aufklärung und Unterstützung im Bereich der **Inklusion**, denn das Thema betrifft nicht nur Experten, sondern jeden einzelnen Mensch in unserer Gesellschaft.
- Große Barrieren befinden sich **zumeist in den Köpfen der Menschen**, aber in einer inklusiven Gesellschaft müssen neben den zwischenmenschlichen Grenzen auch technische und physische Schwellen abgebaut werden.
- Bereits bei der Planung eines Gebäudes und bei Außenanlagen muss darauf geachtet werden, dass alle Bereiche **barrierefrei gestaltet** werden und nicht im Nachhinein ein Umbau stattfinden muss, dazu gehören z.B. auch abgesenkte Bürgersteigsübergänge.
- **Umbau aller öffentlichen Einrichtungen** gemäß der Zertifizierung „barrierefrei“ und die Einrichtung von Induktionsschleifen für Hörgeschädigte.
- Weiterentwicklung einer **inkluisiven Pädagogik**, die den Ansatz verfolgt, dass auch im Bereich der Bildung (Kindertagesstätten, Schulen etc.) ein Miteinander aller Kinder und Jugendlichen möglich ist und die Vielfalt von allen Schüler\*innen und Lehrer\*innen wertgeschätzt wird.
- Finanzielle und personelle Ausstattung der **Bildungseinrichtungen**, um inklusive pädagogische und fachliche Arbeit überhaupt erst zu gewährleisten.
- Behindertengerechte **Anpassung der Verkehrsmittel** des ÖPNV in Stadt und Landkreis.
- Ausbau von (preiswerten) **alters- und behindertengerechten Wohnungen**, Förderung von betreutem Wohnen und Einrichtung einer zentralen Auskunftsstelle zur Vermittlung geeigneten Wohnraumes.
- Analyse des zukünftig **zu erwartenden Bedarfs** an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen erstellen.
- Einhaltung der **Schwerbehindertenquote** in allen kommunalen Betrieben.
- Relevante **Formulare** auch in „leichter Sprache“ erstellen.
- Erstellung einer **Bestandsaufnahme** sowie einer qualitativen und quantitativen Bedarfsanalyse zu Teilhilfesystemen.
- Regelmäßige qualifizierte **Sozialberichterstattung** mit Betroffenen.
- Ausbau **ambulanter sozialer Dienste** für Menschen mit Behinderung.
- Stärkung der Selbstbestimmungsrechte und -möglichkeiten behinderter Menschen.
- Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** auf kommunaler Ebene.

### 3.2 Mobilität für alle - und bezahlbar!

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, der nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Mobilität ist die Grundlage für die **gesellschaftliche Teilhabe**. Unsere Ziele sind, die Verkehrsvermeidung und ein Umsteigen vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder das Fahrrad zu fördern.

Wir streben daher einen **sofortigen Null-Tarif** für Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende sowie perspektivisch einen Fahrschein freien und umlagefinanzierten ÖPNV für alle an. Eine Voraussetzung dafür ist eine **Rekommunalisierung** des ÖPNV.

Zwischenschritte sind deutliche Umschichtungen zugunsten des ÖPNV und zulasten des Straßenverkehrs, eine Erhöhung der Attraktivität durch verdichtete ÖPNV-Taktzeiten und die Nutzung umweltfreundlicher Systeme.

Doch wie sieht die heutige Situation vor Ort aus? Wir erleben seit Jahren steigende Fahrscheinpreise. **Sozialtarife**, die diesem Namen gerecht werden, gibt es nicht. Besonders in den ländlichen Bereichen kommt man nach 20 Uhr kaum noch nach Hause. Auch für die Reparatur von Fahrradwegen ist angeblich kein Geld da. Dabei wäre vieles finanzierbar, wenn überflüssige Straßenbauprojekte gestrichen und die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung erhöht werden.

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass insbesondere die Innenstädte von Ratzeburg, Mölln, Schwarzenbek, Geesthacht und Lauenburg **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** dringend nötig haben.

Aber häufig scheint die einzige Lösung der Bau einer Umgehungsstraße zu sein.

Wir haben auch kein Patentrezept in der Schublade. Was wir uns wünschen, ist ein **ergebnisoffener Dialog** mit allen Akteuren:

Wie belastend empfinden die Einwohnerinnen und Einwohner die Situation in ihrer Stadt?

Welche Vorstellungen haben die ansässigen Einzelhändler? Wie haben sich das

Verkehrsaufkommen sowie die Lärm- und Luftbelastung durch bisherige Maßnahmen

verändert? Gibt es rechtliche Möglichkeiten den LKW-Durchgangsverkehr auch ohne eine

Umgehungsstraße aus den Städten zu verbannen? Dies wären lediglich ein paar Fragen,

die schnellstmöglich geklärt werden sollten. Aus unserer Sicht ist es aber auch wichtig,

schnelle Lösungen für eine Verkehrsentlastung auf den Weg zu bringen. Neben den

Durchgangsverkehren spielt häufig auch das hausgemachte Verkehrsaufkommen eine

entscheidende Rolle. Ein Null-Tarif für Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende

könnte viele für einen Umstieg vom Mama-Taxi oder dem eigenen PKW auf einen

engmaschig getakteten ÖPNV motivieren. Ein gut ausgebautes Radwegenetz mit

Verleihstationen an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, Märkten, Schulzentren etc. könnten

sowohl für Einwohner\*innen, als auch für Touristen attraktiv sein.

**Innovative Projekte** können das Ergebnis eines breit angelegten Diskussionsprozesses

zwischen Politik, Bevölkerung und den verschiedenen Interessenvertretungen in anderen

Städten darstellen.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Ein kreisweit gültiges **9,- Euro Ticket**. **Null-Tarif für Schüler\*innen, Studierende, Auszubildende, Bürgergeld-Betroffene, Geflüchtete** und weitere finanzschwache Menschen. Die umgehende Angebotserweiterung des ÖPNV durch engere Taktzeiten, eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes auch am Abend und am Wochenende, sowie ein Angebot von öffentlichen Anrufsammeltaxis und Frauen Nachttaxis. Anschluss Geesthachts an das Hamburger S-Bahnnetz.
- Die weitgehende **Vermeidung des Straßenaus- und Straßenneubaus**.
- **Ausbau des Radwegenetzes** mit einem öffentlichen Fahrrad-Verleih-System.
- **Ausbau des Schienennetzes** (Achse HL-RZ-Mölln und HH-Geesthacht-Lauenburg).
- Ein in die Zukunft gerichtetes **Mobilitätskonzept** ist unverzichtbar. Förderung von Carsharing auf dem Land.



### 3.3 Asylrecht verteidigen, Fluchtursachen bekämpfen - keine „Obergrenzen“

Das Recht auf Asyl kennt keine wie auch immer verklausulierten Obergrenzen. Gleichzeitig sind eine vollkommene Freizügigkeit und „offene Grenzen für alle“ in einem globalen System konkurrierender Nationalstaaten nette Vorstellungen, die aber mit der Realität in unserer Gesellschaft wenig zu tun haben.

Beim Thema Migration muss es daher in erster Linie um die Verteidigung und den Ausbau des **Asylrechtes, die Beseitigung von Fluchtursachen und humanitäre Hilfe** für Regionen gehen, die am stärksten von Migrationsbewegungen betroffen sind. Dies sind in der Regel die Nachbarländer von Konfliktregionen. Um dem Sterben im Mittelmeer und anderen unmenschlichen Flüchtlingsströmen ein Ende zu bereiten ist es aber genauso wichtig, sichere Fluchtwege anzubieten, damit Menschen in Not sicher und legal nach Europa einreisen können.



Stattdessen erleben wir das genaue Gegenteil: Sowohl die **Genfer Menschenrechts- als auch die UN-Kinderrechtskonventionen** und das Recht auf Asyl werden u. a. durch die Ausweisung so genannter sicherer Herkunftsstaaten und durch die Einschränkung des Familiennachzuges Schritt für Schritt demontiert. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Entwicklungsländer geht unvermindert weiter, undemokratische Regime werden hofiert und die Rüstungsexporte in Konfliktregionen erzielen Rekordwerte. Gleichzeitig betreibt Europa eine Abschottungspolitik und sieht tatenlos zu, wie sich an den Außengrenzen ein System von Ausbeutung, Menschenhandel und Sklaverei etabliert.

#### Solidarität statt Hass

Auf kommunaler Ebene können wir an dem eigentlichen Dilemma wenig ändern. Aber Kommunen sind der Ort, an dem antirassistisches Engagement und Solidarität konkret werden, in denen Begegnung stattfindet, die Teilhabe von Migrant\*innen ermöglicht oder eben auch erschwert wird. **Wir stärken freiwilligen Initiativen den Rücken.**

Wir setzen uns gegen Abschiebungen und für die verstärkte Teilhabe sowie den Abbau von Barrieren beim Spracherwerb oder bei der Ausbildung ein. Dabei darf die Öffentliche Hand nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden.

Kommunen, die ausreichend Reservekapazitäten für Unterkünfte und Integrationseinrichtungen zur Verfügung stellen, darf dadurch kein wirtschaftlicher Nachteil entstehen. Hier sind das Land und der Bund in der Pflicht, entsprechende Ausgleichszahlungen auch bei einem zeitweisen Leerstand der Einrichtungen zu leisten.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Unterbringung von Geflüchteten in **Wohnungen statt in Massenunterkünften.**
- Gegen Abschiebungen in so genannte „sichere Herkunftsstaaten“, keine Abschiebeknäste! **Flucht ist kein Verbrechen!**
- Angebote zur **Unterstützung und Koordination** von freiwilligen Initiativen durch die Kommunen.
- Schaffung bzw. Ausbau von Integrations- und Sprachkursen **für alle Geflüchteten** - unabhängig von deren Aufenthaltsstatus.
- Ausweitung der **finanziellen Unterstützung der Kommunen** durch Land und Bund.
- Förderung einer **Willkommenskultur** für alle geflüchteten und vertriebenen Menschen.
- Wirksame **Unterstützung der Kommunen** bei der Unterbringung und Integration Geflüchteter.
- Alle Geflüchteten sollen das Recht und die Möglichkeiten haben am sozialen und **kulturellen Leben des Kreises teilzuhaben**. Zum Beispiel durch die kostenlose Mitgliedschaft in Vereinen, freien Eintritt bei Sportstätten, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen und ein Null Euro Ticket für den ÖPNV. Diese Maßnahmen sind kurzfristig und einfach umzusetzen.
- **Beratungseinrichtungen** für Geflüchtete sollten im Kreis vorhanden und für jeden leicht zu erreichen sein.

### 3.4 Ältere Menschen: Würdevoll altern

Senior\*innen wollen und sollen gemeinsam mit den Jüngeren generationsübergreifend an allen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerlichen Belangen der Gemeinde **teilhaben können**.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen, aber immer weniger Bedingungen für ein erfreuliches und würdevolles Altern gegeben sind. Die Mobilität nimmt im Alter ab, die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung oder pflegerischer Versorgung nimmt andererseits zu.

Der vielfach schlechte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Ärzt\*innenmangel und unzureichend ambulante Pflegeeinrichtungen werden dem nicht gerecht. Ebenso wird zu wenig für gesunde und agile ältere Menschen getan.

Ältere Menschen verfügen über reiches Wissen und **interessante Lebenserfahrungen**. Sie wollen ihr Leben individuell gestalten und sich in der Gemeinschaft engagieren. Sie müssen nach Zeiten der Erwerbsarbeit selbstbestimmt und würdevoll leben können.

Eine auskömmliche Rente, gute Gesundheitsversorgung und ein altersgerechtes Wohnumfeld, welches einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis genügt, sind Voraussetzungen für eine neue Kultur des Alters und des Alterns. Doch Alter ist mehr als Rente, Gesundheitsvorsorge, Pflege und Kosten.

Ein Umdenken in den Medien, der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft muss sich dem ganzen Alltag einer älter werdenden Gesellschaft und den Herausforderungen des hohen Alters widmen. Wir setzen auf einen **lebendigen Zusammenhalt der Generationen, auf mehr gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung**.



#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Wir unterstützen deshalb den Wunsch älterer Menschen, auch in der späten Lebensphase **an ihrem Wohnort wohnen zu bleiben**.
- Eine Kommunalpolitik, die **gegen Altersarmut, Vereinsamung** und Entsolidarisierung vorgeht.
- Ambulant vor stationär: den Ausbau ambulanter Pflegedienste und Einrichtungen der Tagespflege, insbesondere psychiatrische Hilfen für die Probleme älterer Menschen.
- Mehr **Mehrgenerationenhäuser** und Hilfe sowie Unterstützung zur Umsetzung von Wohngemeinschaften für Senior\*innen.
- **Mieten müssen bezahlbar sein**, Mietnebenkosten müssen gesenkt werden. Keine Rentner\*in soll ihre Wohnung verlassen müssen, weil die Rente nicht mehr für die Miete reicht.
- **Barrierefreiheit und gute Verkehrsanbindung**, sowie Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit kultureller Angebote, Freizeit- und Sporteinrichtungen.
- Wir sind für die Schaffung altersgerechter **Wohnungen zu bezahlbaren Preisen**.
- Es müssen mehr alten- und behindertengerechte Wohnungen zentrumsnah in einem lebenswerten Umfeld mit ausreichender **Nahversorgung** angeboten werden.
- Einrichtung **kommunaler Altenpflegeplätze** die unabhängig von Einkommen und Vermögen der Betroffenen in Anspruch genommen werden können.

### 3.5 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft

Kinder und Jugendliche haben wie Erwachsene die **gleichen Grundrechte** auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Trotzdem wird insbesondere die Kinder- und Jugendpolitik mit dem Hinweis auf leere Kassen stark vernachlässigt.

Die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder steigt ständig. Diese **Armut** und die damit verbundenen prekären Lebensbedingungen führen zur Erfahrung von **sozialer Diskriminierung** schon im frühesten Alter. Leider sind ihre Entwicklungschancen stark von den finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Eltern vorbestimmt.



Die Schaffung sozialräumlicher Strukturen (Mittagstisch, Hausaufgabenhilfe, Freizeitangebote etc.) darf nicht dazu führen, dass Unterstützungsangebote wie Erziehungsbeistandschaft und Familienhilfe massiv eingeschränkt werden.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Der Kreis erstellt und veröffentlicht zusammen mit den Gewerkschaften, dem Kreisjugendring, Sozialverbänden und interessierten Akteuren **jährlich einen regionalen Armutsbericht** unter besonderer Berücksichtigung der Kinderarmut. Hieraus sind entsprechende Konsequenzen zu ziehen.
- Eine gute **personelle und Sachmittel bezogene Ausstattung** von Einrichtungen der Jugendarbeit und Öffnungszeiten, die den jeweiligen Anforderungen entsprechen.
- Den **Einbezug der Jugendlichen** in die Verwaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zur Selbstverwaltung, u.a. in Büchen.
- Ausweitung der Mitbestimmung durch obligatorische **Kinder- und Jugendbeiräte**, die mit eigenen Etats zur selbstbestimmten Umsetzung von Projekten ausgestattet werden.

## 4. Klimaschutz und Erhalt unserer Lebensgrundlagen

### 4.1 Für einen sozial-ökologischen Politikwechsel in der Kommune

Die Bedeutung des sozial-ökologischen Umbaus von Gesellschaft und Wirtschaft ist im Parteiprogramm der LINKEN klar umrissen: „Die LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern an“. Den Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle bei der konkreten Umsetzung zu.

#### **Energiewende: sozial und regional!**

Die Energiepreise steigen ständig an und belasten die Endverbraucher in den Haushalten immer mehr. Unternehmen werden dagegen von Preissteigerungen entlastet. Die Zeit ist reif, die Energieherstellung und Versorgung der Haushalte in die eigene Regie der Kommunen zu überführen.

Die LINKE verbindet den Umbau der Energiewirtschaft mit **dezentralen Energieerzeugungs- und Versorgungsstrukturen**. Dieses muss zur Demokratisierung der Energiewirtschaft beitragen, die Teilhabe von Einwohner\*innen fördern, soziale Gebührenmodelle beinhalten und zur Reduzierung von Kohlenstoffdioxid-Emissionen beitragen. Es geht also darum, die Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern und **das Preisdiktat der Energiemonopole in den Kommunen direkt abzuschaffen**. Das kann durch die Eigenversorgung von Kommunen oder Regionen mit erneuerbarer Energie und einer **örtlichen Energieautonomie** und möglicherweise sogar Energieautarkie gelingen.

Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg gibt es bereits funktionierende Projekte, wie zum Beispiel die Biogasanlage in Krummesse mit kommunaler Nahwärmeversorgung oder einige Bürgerwindparks. Damit das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss, sollte der Kreis Modellprojekte entwickeln, die leicht auf alle interessierten Kommunen zugeschnitten werden können. Die Kreissparkasse könnte dabei für die notwendige Vor-Finanzierung sorgen.

### Finanzierung?

Gegenwärtig fließt die Wertschöpfung aus dem Strom- und Gasverbrauch über die Energiemonopole in die Taschen der Konzerne und in die Förderländer. Diese Wertschöpfung kann bei **Energiegewinnung durch die Einwohner\*innen und Kommunen in der Region bleiben**. Das sind erhebliche Summen. Jeder Haushalt verbraucht im Schnitt 4.000 kWh/a.

Ein Beispiel: Werden 0,45 €/kWh zu Grunde gelegt und die Kommune hat 1.000 Haushalte, dann entspricht dies fast zwei Millionen Euro, die dann in der Gemeinde verbleiben. Mit diesen Geldern lassen sich auch umfangreiche lokale Projekte in Kürze refinanzieren.



### Umweltzerstörung stoppen!

Die Naturzerstörung, der Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen zeigen deutlich die Grenzen unseres Planeten auf, die auf unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zurückzuführen sind. Obwohl die Notwendigkeit eines Klimaschutzprogramms und ein umfassender Umweltschutz allgemein anerkannt sind, wird mit Rücksicht auf die Interessen mächtiger Konzerne auf die notwendige Umsetzung von Alternativen verzichtet. **Wir brauchen ein ökologisches Gleichgewicht und nicht eine Ökonomie, die sich ausschließlich an den Gesetzen des Marktes orientiert und auf grenzenloses Wachstum setzt.**

Umgehungsstraße gegen Naturschutzgebiet, Müllverbrennung statt Müllvermeidung, Stromautobahn statt dezentrale alternative Energiegewinnung, bäuerliche Landwirtschaft oder Agrarindustrie, ökologischer Landbau oder Massentierhaltung mit Antibiotikaeinsatz - das sind die originären Konfliktfälle der Umweltpolitik in der Kommune. Der Kreis und die Gemeinden müssen mit gutem Beispiel voran gehen und auf allen öffentlichen Flächen den Einsatz von Glyphosat und anderen so genannten chemischen Pflanzenschutzmitteln sofort einstellen und stattdessen alle Grünstreifen an Straßenrändern sowie andere Grünflächen naturnah bewirtschaften (Blühwiesen). Eine biologisch-dynamische Landwirtschaft sollte auch auf den vom Kreis verpachteten Domänen zum Regelfall werden.

Für DIE LINKE gehören **Umweltpolitik und Sozialpolitik zusammen**: Es bedarf eines ökologisch-sozialen Umbaus der Gesellschaft, so wie er in den Vorschlägen der Linksfraktion im Bundestag im Projekt „Plan B“ entwickelt worden ist.



#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Die **Städte- und Raumplanung** muss so erfolgen, dass ein immer weiteres Auseinanderfallen von Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung und Freizeit vermieden wird.
- Neue Siedlungsgebiete auf dem Land müssen möglichst zugunsten von **Nachverdichtung** in den bereits besiedelten Gebieten der Städte und Gemeinden vermieden werden. Das gilt auch für die Ansiedlung weiterer Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“.
- **Rekommunalisierung** der Energieversorgung in der Kommune, **keine weiteren Privatisierungen**.
- Gründung einer **kreiseigenen Energie-Erzeugungsgesellschaft**
- Förderung **alternativer dezentraler Energieprojekte** - z.B. mit Energiegenossenschaften auf kommunaler Ebene
- Klimaschutzprogramm zur Durchsetzung einer **CO<sub>2</sub>-neutralen Kommune**.
- Sanierung von **Altlasten**.
- Zusätzliche Ausweisung von **Naturschutzgebieten**.
- Bau einer **zweiten Biogasanlage bei der AWSH**, damit Schluss ist mit dem kostenintensiven Biomülltourismus nach Mecklenburg Vorpommern.
- Die Linke fordert das **Verbot von Glyphosat** auf allen kommunalen/kommunal genutzten Flächen (Vorbilder: Rostock und Kreis Pinneberg).
- **Verhinderung von Fracking-Maßnahmen** durch Veränderungssperren in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.
- **Müllvermeidungsprogramm** in der Kommune durch intelligente Abfallentsorgungssysteme. Verhinderung der Müllverbrennung.
- **Umweltpolitik** muss Querschnittsaufgabe in der Kommune werden.
- **Unterstützung der Kommunen**, auch finanziell, bei der Umsetzung von Klimaprojekten.

Wir wollen, dass im Kreis die **Energiewende endlich schneller** voranschreitet und dass alle Menschen im Kreis davon profitieren. Die Energiewende sehen wir nicht nur als Chance, dem Klimawandel entgegenzusteuern, sondern auch als Möglichkeit, die Energieversorgung **wieder in die Hand der Kommunen zu legen**.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommunen und der Kreis neue Wind-, Sonnen- und Biomassekraftwerke bauen, damit die Gewinne daraus in die öffentlichen Hand fließen und der Gemeinschaft zu Gute kommen.

## 4.2 Klimaschutz geht alle an

Das Klima verändert sich, die Erde wird wärmer, der Meeresspiegel steigt. Diese massiven, von Menschen gemachten Umwälzungen unserer Umwelt schädigen die Ökosysteme unter Wasser, treiben das Artensterben von Fauna und Flora an Land voran und führen zu Extrem-Wetterereignissen.

Das sind die **Resultate des herrschenden Wirtschaftssystems, des ungehemmten Strebens nach Profit und Wachstum.**



Wir brauchen einen **sozial-ökologisch verantwortlichen Umgang mit der Natur.**

Der kapitalistischen Produktionsweise ist es erst einmal wurscht, ob Ressourcen sinn- und grenzenlos verbraucht werden. Solange sich der Profit möglichst kurzfristig realisiert, beutet das Kapital die Erde ohne zu zögern aus. Wenn sich Verbrennungsmotoren verkaufen lassen, dann wird allenfalls mit Software manipuliert, um den wahren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verschleiern.

Solange wir die manipulative Formel „Hast du was, bist du was“ schlucken, wird es auch jedem Einzelnen schwerfallen sich für den Klimaschutz zu engagieren. Solange wir uns selbst nicht als gesellschaftliche Wesen begreifen, kann uns die Erde auch ziemlich egal sein. Wenn wir die Formel „Viel Konsum = Reichtum“ nicht durchbrechen, dann wird Klimaschutz schwierig umzusetzen sein.

### Was also tun?

Der Hinweis auf ökonomische Selbstbeschränkung oder auf die Notwendigkeit der Askese bringt hier nicht wirklich die Lösung. Aber bedeutet eigentlich Stromsparen wirklich Selbstbeschränkung oder ist es nicht ein bewusstes Verhalten zu den Ressourcen bzw. zu den Produktionsbedingungen von Strom? Ist es wirklich Askese, wenn ich eine Wanderung oder Radtour mache, statt mit dem Auto zu fahren?

Hier nur angedeutet, hat Klimaschutz auch etwas zu tun mit einer qualitativen Bestimmung von „Reichtum“, von Entwicklung des/der Menschen.

### Was hat das alles mit Kommunalpolitik zu tun?

Im Kreis Herzogtum Lauenburg gab und gibt es bereits einige Aktivitäten in Sachen Klimaschutz:

Der Kreis und einige Gemeinden haben **Klimaschutzkonzepte** erstellt, in einigen Städten wurden **Klimaschutzmanager\*innen** eingestellt, es wurde der öffentliche Gebäudebestand auf veraltete Heizungssysteme, mangelnde Wärmedämmung u. ä. untersucht, es wurden Klimaschutzkonferenzen und Öffentlichkeitskampagnen durchgeführt. Dies sind alles sinnvolle Schritte, aber häufig verliert sich das Thema Klimaschutz in Einzelaktionen ohne nachhaltige Wirkung.

Klimaschutz muss als **gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe** angesehen werden. Da reicht es nicht auf wenige Jahre befristete Stellen für Klimaschutzmanager\*innen zu schaffen und einen einmal erstellten Maßnahmenkatalog halbherzig umzusetzen. Klimaschutz muss integraler Bestandteil aller Bereiche der Verwaltungen sein. Bei allen größeren öffentlichen und privaten Vorhaben müssen mögliche Folgen auf das Klima bewertet werden.

Die Klimaschutzkonzepte und -aktivitäten des Kreises und der Kommunen müssten aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden.

Zu einem nachhaltigen Klimaschutz gehört auch ein vorausschauendes Flächenmanagement. Lange Wege zum Job, zum Einkaufszentrum o. ä. müssen vermieden werden. Bei der Mobilität müssen Anreize für klimafreundliche Antriebe wie ein ausreichendes Netz von Ladestationen und kostenlose Parkplätze für E-Mobile geschaffen werden. Ein gut ausgebauter und preiswerter ÖPNV und ein attraktives Radwegenetz mit komfortablen Verleihstationen müssen den Umstieg vom Auto leicht machen.



### Vernetzung der lokalen Akteure

Damit das „Rad der Geschichte“ nicht in jeder Kommune neu erfunden werden muss, sollte der Kreis bereits vorhandene Projekte aufgreifen und Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Wo sind Nahwärmenetze, wie sie z. B. bereits seit Jahren erfolgreich in Krummesse eingesetzt werden, sinnvoll? Welche Kommune braucht ein Finanzierungskonzept für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende Leuchtmittel?

Wo kann der ÖPNV sinnvoll durch „Dörpsmobile“ ergänzt werden? Wo können Bürgerwindparks entstehen?

Auf Kreisebene sind u. a. mit den Vereinigten Stadtwerken, der AWSH, der Kreissparkasse und den Umweltschutzorganisationen kompetente Partner vorhanden, die alle Kommunen bei der Erarbeitung maßgeschneiderte Konzepte zur technischen und finanziellen Realisierung solcher Projekte unterstützen könnten.



### Klimafolgenmanagement

Trotz aller Bemühungen zum Klimaschutz müssen wir uns für die Folgen des Klimawandels wappnen. So genannte „Jahrhundert-Fluten“ oder „Jahrhundert-Stürme“ werden künftig häufiger auftreten oder sogar zur Regel werden.

In Norddeutschland werden wir voraussichtlich generell wärmere Winter mit deutlich höheren Niederschlagsmengen **auf der einen Seite und trockenere Sommer mit mehr heißen Tagen (>30°C) auf der anderen Seite** bekommen.

Welche Auswirkungen wird dies auf die Landwirtschaft und die Wälder haben? Sind unsere Sielnetze und Abwasseranlagen darauf vorbereitet? Wann kommt das nächste Elbe-Hochwasser und wo müssen wir auch im Binnenland mit Überflutungen rechnen?

Mit Hilfe moderner Computersimulationsprogramme können heute viele Gefährdungsbereiche im Vorwege erkannt werden. Aber jedes Simulationsprogramm kann nur so gut sein, wie die Datenbasis mit der es gefüttert wird. Daher sind die jahrelangen Erfahrungen und das Know-how der Menschen vor Ort, bei den kommunalen Entsorgungsbetrieben, den Freiwilligen Feuerwehren und beim Katastrophenschutz, den Gewässerverbänden und Kreisforsten sowie lokalen Naturschutzverbänden von besonderer Bedeutung. Hier müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die vorhandenen Potenziale zusammenzuführen.

### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Fortschreibung und Verzahnung der **Klimaschutzkonzepte des Kreises** und der Kommunen.
- Festschreibung des **Klimaschutzes und des Klimafolgenmanagements** als integrale Bestandteile der Verwaltungen auf allen Ebenen.
- Schaffung und Ausbau unbefristeter Stellen für **Klimaschutzmanager\*innen** im Kreis und den Kommunen.
- Einbindung öffentlicher Einrichtungen und Betriebe sowie Vernetzung aller Klimaschutz-Akteure zur Entwicklung und **Umsetzung von Klimaschutzprojekten**.
- **Einbindung der Bevölkerung** in allen Phasen - von der Ideenfindung bis zur Umsetzung und Erfolgskontrolle durch Einrichtung von Klima- und Nachhaltigkeitsbeiräten im Kreis und den Kommunen.
- Unterstützung **genossenschaftlicher und regionale Projekte** zur Erzeugung erneuerbarer Energien.
- Energie muss **in kommunaler Hand** sein
- **Aufstockung von Personal** in der Verwaltung, damit die Verwaltung ihrer Aufgaben und Kontrollfunktionen nachkommen kann. Anstatt Beratungsfirmen zu beauftragen. Der Kreis muss seine Bemühungen verstärken, Personal zu finden.

### 4.3 Landwirtschaft und Ernährung

Für eine **nachhaltige Agrarwirtschaft und gesunde Nahrungsmittel** für alle

Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dabei wird insbesondere auf die wachsenden Märkte außerhalb der EU gesetzt.

Der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf **nicht länger subventioniert** werden. Er trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens bei.

Wir wollen eine **sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft** mit dem Schwerpunkt auf **regionale Erzeugung**, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern. Leitendes Prinzip linker Agrarpolitik ist eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die dem internationalen Konzept der Ernährungssouveränität entspricht.

**Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:**

- Die Linke fordert das **Verbot von Glyphosat** auf allen kommunalen/ kommunal genutzten Flächen. (Vorbilder: Rostock und Kreis Pinneberg)
- Auch in der Landwirtschaft muss man **von der Arbeit gut leben können**. Wir setzen uns für gute Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein und fordern gesetzliche Rahmenbedingungen, die einen respektvollen Umgang mit Mensch, Natur und Tier sicherstellen.
- Wir wollen **regionale Verarbeitungs-** und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen.
- Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen soll grundsätzlich an regionale Landwirt\*innen sowie regionale **gemeinnützige Landgesellschaften** erfolgen.
- Kreiseigene Flächen sollten ausschließlich ökologisch bearbeitet werden
- Wir wollen eine **Nutztierhaltung**, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika wollen wir unterbinden.
- Wir wollen **bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle**, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne.
- Wir wollen den **Ökolandbau** ausbauen und regionale Produktions- und Verkaufsstrukturen stärker fördern. Auch genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kita-Verpflegung müssen stärker unterstützt werden.
- Wir wollen Anbausysteme fördern, die Boden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen. Besonders **Nutzinsekten** wie Bienen und Hummeln müssen erhalten und gefördert werden. Wir brauchen eine Landwirtschaftsforschung, die anwendungsnah, auf Praxis orientiert und ökologisch ist.
- Einen Schwerpunkt legen wir auf die nachhaltige, tiergerechte Nutztierhaltung in der Landwirtschaft. Daher fordern wir den **Ausstieg aus der Massen- und Intensivtierhaltung**.
- Das Einbringen von **Pflanzenschutz- und Düngemitteln** muss einen Mindestabstand von 10 Metern zu jedem stehenden oder fließenden Gewässer einhalten.
- Zur **Vergärung in Biogasanlagen** werden Zwischenfrüchte angebaut, die ohne Pflanzenschutzmittel und großzügige Düngerabgaben auskommen. Hierfür wird weiterhin der Anbau von regionalen Wildpflanzen gefördert. In Landwirtschaft, Lebensmittelerzeugung und -handel sowie Gastronomie anfallende Abfälle werden in Biogasanlagen vergoren.
- **Knicks zum Schutz** von Landschaft und Artenvielfalt sind kreisweit wiederherzustellen, zu erweitern und schützen.
- DIE LINKE lehnt jegliche **Genmanipulation von Saatgut, Pflanzen und Tieren** ab.
- **Aufstockung von Personal** in der Verwaltung, damit die Verwaltung ihrer Aufgaben und Kontrollfunktionen nachkommen kann. Anstatt Beratungsfirmen zu beauftragen. Der Kreis muss seine Bemühungen verstärken Personal zu finden.

#### 4.4 Rückbau AKW Krümmel - wohin mit dem Strahlenmüll?

Kurz nach der verheerenden Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima, wurde das durch seine Pannenserie bekannte Atomkraftwerk in Krümmel vorzeitig außer Betrieb genommen. Der **Rückbau** wird durchgeführt.

Doch was geschieht mit dem hoch-, mittel- und schwach radioaktiven Abfällen und was mit den übrigen Materialien, die beim Rückbau anfallen werden.

Der Betreiber geht von einer Größenordnung von über 500.000 Tonnen radioaktiven Abfällen aus.



Nach dem Standortauswahlgesetz sollte die Suche nach einem Endlagerstandort eigentlich 2031 abgeschlossen sein. Das bisherige Auswahlverfahren gestaltet sich aber wesentlich aufwendiger als gedacht. Die eigens hierfür gegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) rechnet derzeit eher mit einem Abschluss der Standortsuche zwischen 2046 und 2067. Und dann wird es voraussichtlich noch mehrere Jahrzehnte Bauzeit benötigen, bis die ersten Brennelemente eingelagert werden können. Wann bzw. ob ein solches Endlager für die hochradioaktiven Brennelemente aus den AKW-Ruinen zur Verfügung stehen wird, steht also in den Sternen.

Wenn wir uns also heute Gedanken über eine „Zwischenlagerung“ von Atommüll machen, dürfen wir nicht von ein paar Jahren, sondern müssen von mehreren Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten ausgehen.

Um unnötige Atommülltransporte quer durch die Republik und zurück zu vermeiden, wird von vielen Akteuren die Zwischenlagerung am Standort favorisiert. Aber die derzeitige Praxis - Brennelemente in Castoren zu stecken und die dann in einer Leichtbauhalle abzustellen - entspricht nicht unserem Verständnis von einer sicheren Zwischenlösung! Denn auch von den Castoren geht ein erhebliches Strahlenrisiko aus. Seien es mögliche Leckagen oder mutwillige Zerstörungen - die Gefahren dürfen nicht unterschätzt werden. Außerdem sind Castoren für eine Lagerungsdauer von etwa 40 Jahren ausgelegt. Es kann also sein, dass die Brennelemente sogar noch einmal umgebettet werden müssen, bevor sie ihre endgültige Ruhestätte finden.

In welchem Zustand sich dann die Castoren und die darin schlummernden Brennelemente befinden und ob ein Umpacken in neue Castoren dann überhaupt möglich sein wird, mag niemand genau voraussagen.

Ein mögliches **Zwischenlager** am Standort muss daher so ausgelegt sein, dass weder gezielte Flugzeugabstürze noch Naturkatastrophen (Elbehochwasser o. ä.) das Bauwerk gefährden könnten, noch dass bei Freisetzung von Radioaktivität im Inneren eine Gefährdung für die Umwelt besteht.

Natürlich müssen auch für die mittel- und schwachradioaktiven Abfälle sichere Zwischenlösungen gefunden werden, denn die angedachten Lagerstätten „Schacht Konrad“ oder die „Asse“ haben sich als nicht geeignet erwiesen.

Spannend ist auch die Frage, wie mit den Materialien umgegangen wird, die nur einer relativ geringen Strahlenbelastung ausgesetzt waren. Nach derzeitiger gängiger Praxis werden diese Materialien „freigemessen“.

Alles was die **Strahlenbelastung in der Umwelt um weniger als 10 Mikrosievert im Jahr erhöht**, ist demnach ungefährlich und kann auf normalen Deponien abgelagert oder sogar als Recyclingmaterial wieder in den Wirtschaftskreislauf gebracht werden.

Dieser Auffassung wird nicht nur in der Anti-Atom-Bewegung sondern auch von Mediziner\*innen vehement widersprochen.

So wurde auf dem Deutschen Ärztetag beschlossen: „Als Ärzte weisen wir darauf hin, dass es keine Schwellenwerte für die Unbedenklichkeit von ionisierender Strahlung gibt und auch durch vermeintlich geringe Strahlenmengen gesundheitliche Schäden und Spätfolgen über Generationen entstehen können.“

Während der ehemalige schleswig-holsteinische „grüne“ Umweltminister Habeck hier eher ein „psychologisches“ Problem sah, belegt ein Gutachten des BUND, dass die Grenzwerte für die „Freimessung“ 2007 unter ganz anderen Voraussetzungen zustande kamen und damals bereits als völlig unzureichend kritisiert wurden.

So wurde z. B. davon ausgegangen, dass sich der Müll über Jahre hinweg gleichmäßig über viele **Mülldeponien** verteilen würde. In der Praxis wird der Müll aber natürlich auf der nächstgelegenen Deponie - in unserem Fall also in Wiershop - konzentriert abgelagert. Auch wenn wir in den Kommunen und im Kreis nur wenig Einfluss auf die Atompolitik des Landes und im Bund haben, dürfen wir den Einfluss der Bevölkerung vor Ort nicht unterschätzen.



#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- **Volle Transparenz** und Öffentlichkeitsbeteiligung beim Rückbau des AKW Krümmel.
- Vermeidung **unnötiger Atommülltransporte** durch die Region.
- Langfristig ausgelegte **Sicherheitskonzepte** für ein mögliches Standortzwischenlager.
- Keine Zwischenlagerung von **„fremdem“ Atommüll** am Standort Krümmel.
- Überprüfung der Praxis der **„Freimessung“**, keine Deponierung von freigegebenem Atommüll in Wiershop ohne gesellschaftlichen Konsens.

## 5. Kommunalpolitik geht nur mit LINKS

### 5.1 Kommunale Selbstverwaltung

Die Finanzausstattung der Kommunen hat auskömmlich, an den Aufgaben orientiert zu erfolgen. Strukturschwache Regionen sollten eine an nachvollziehbaren Kriterien festgemachte erhöhte Finanzausstattung erhalten. Damit kann unter anderem das Staatsziel der **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse** weiterentwickelt werden. Die jetzigen Aufsichtsaufgaben der Länder müssen zu kooperativen Beziehungen zwischen Land und Kommunen weiterentwickelt werden.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wiederhergestellt werden.

Wir wollen deshalb eine **umfassende Gemeindefinanzreform**, die den Kommunen eine bessere und auskömmliche Finanzausstattung garantiert, welche neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben auch ausreichend Spielraum für die Erbringung freiwilliger Aufgaben belässt, wobei die Unterscheidung grundsätzlich fragwürdig ist.

Ausgaben sind an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten, dafür ist verstärkt die Einnahmeseite in den Blick zu nehmen, um unsoziale Haushaltskürzungen zurücknehmen zu können.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Privatisierte Unternehmen, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, gilt es zu **rekommunalisieren**, die Strukturen öffentlicher Unternehmen sind zu demokratisieren.
- Die **wirtschaftliche Betätigung von Kommunen** muss erhalten werden.



## 5.2 Wirtschaft für die Menschen

### Die Wirtschaft muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt.

Dringendes Ziel muss es sein, Menschen aus langzeitiger Arbeitslosigkeit den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die LINKE Herzogtum Lauenburg wird alle Möglichkeiten kommunaler Politik nutzen, um mehr gute und existenzsichernde Arbeit für den Kreis Herzogtum Lauenburg zu schaffen und bestehende Arbeit zu sichern. Alle bisherigen und künftigen Maßnahmen der WFL (Wirtschaftsförderungsgesellschaft) müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Eine Bilanzierung der Wirtschaftsförderung der letzten 10 Jahre ist erforderlich. Dies gilt gleichermaßen für die Tourismusförderung der HLMS (Herzogtum Lauenburg Marketing Service).

### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- In kreiseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligung des Kreises werden **keine Leiharbeiter\*innen** eingesetzt.
- Kommunale Auftraggeber sollen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen folgendes berücksichtigen: **Tariftreue, soziale und ökologische Produktionsweise**
- Einen **runden Tisch „regionale Ernährung“** mit dem Ziel einrichten hiesige Produkte wie Fleisch, Obst & Gemüse und Milch in das Ernährungsangebot von öffentlichen Einrichtungen und Großunternehmen zu integrieren.
- Einführung einer **Zweigstelle des Jobcenters in Lauenburg.**
- **Überprüfung der Gesamtkonzepte** der WFL Wirtschaftsförderung Lauenburg und HLMS Herzogtum Lauenburg Marketingservice.
- Bei Neuansiedlung von Unternehmen müssen **soziale und ökologische Kriterien** bevorzugt beachtet werden.



### 5.3 Gesicherte Kommunalfinanzen

Bund und Länder tragen Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Die **Finanzlage** vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend etwas verändert. Angesichts der milliardenschweren Bankenrettung durch Bundesmittel ist es blanker Hohn, dass nicht die zartesten Anstrengungen unternommen werden die Schlaglöcher in den kommunalen Haushalten zu beseitigen!

Die unter Schwarz-Rot durchgesetzte Schuldenbremse schränkt die Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Bund und Ländern massiv ein. Der damit verordnete Sparzwang, dessen fatale Auswirkungen noch auszustehen sein werden, geht schließlich zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit sowie der Generationengerechtigkeit.

Auch ist es ein Unding, dass die Zeche für die Finanzkrise und die bisherigen Staatsschulden auf Kosten von sozial Schwächeren eingeholt wird!

Auf der kommunalen Ausgabenseite muss der Bund stärker als bisher mit ins Boot geholt werden! Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für Bürgergeld-Beziehende, des Ausbaus der Kindertagesbetreuung sowie des Angebots in Ganztagschulen, der Eingliederungshilfen sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit muss entscheidend erhöht werden. Das sind gesamtstaatliche Aufgaben! Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Erweiterung zur Gemeindegewerbesteuer erbringt mehr dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen für die Kommunen.

Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!



#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Sofortige **Abschaffung der Gewerbesteuerumlage** an den Bund, damit den Gemeinden mehr von ihren eigenen Einnahmen zur Verfügung stehen.
- Kommunale Investitionspauschale für Kommunen **aus Bundesmitteln**.
- **Entschuldungsfonds** für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium.
- Gewerbesteuer zur **Gemeindegewerbesteuer** weiterentwickeln.
- Bund und Länder dürfen **Aufgaben auf Kommunen** nur mit deren Zustimmung übertragen, eine weitere Voraussetzung ist die gesicherte Finanzierung (Konnextität).
- Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Kommunen haben, frühzeitig und **direkt einbezogen werden**. Dazu ist ihnen im Grundgesetz ein verbindliches Mitwirkungsrecht einzuräumen.
- **Rechnungsprüfungsämter** statt teure Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für kommunale Betriebe.
- **Aufsichtsratsvergütungen** kommunaler Unternehmen begrenzen.
- **Sanierungsstau** in Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen abbauen.
- **Expert\*innenwissen der Einwohner\*innen** nutzen statt teure Unternehmensberatungsgesellschaften beauftragen

## 5.4 Kreissparkasse - eine für alle

DIE LINKE im Herzogtum hat im Kreistag **gegen die Schließungen** von SB-Standorten und Filialen der Kreissparkasse (KSK) gestimmt. Es ist noch nicht lange her, da wurde eines der besten Geschäftsjahre der KSK gefeiert, als Dank dafür sind Filialen und SB-Standorte für zum größten Teil langjährige Kunden geschlossen worden.

Es ist nicht mehr möglich bürgernah und vor Ort für die Kunden im Herzogtum da zu sein. Gerade ältere Menschen leiden unter dem Abbau. Die Sparkasse im Herzogtum ist wirtschaftlich stark genug, um die Standorte zu erhalten.

### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Die Sparkasse Herzogtum Lauenburg wird als kommunales Finanzinstitut aufgefördert **Existenzgründungen zu fördern** und Wagniskapital bereitzustellen.
- Die Sparkasse muss im Herzogtum **wieder wohnortnäher aktiv werden**.
- DIE LINKE fordert, dass die Entscheidungen der Sparkassenvorstände und Verwaltungsräte **transparenter** werden und unter größere öffentliche Kontrolle kommen.
- Die sofortige Einführung von **gebührenfreien Konten für Rentner\*innen**, Menschen mit Behinderung und andere Bedürftige sowie gemeinnützige Vereine durch die Sparkasse Herzogtum Lauenburg.
- **Regelmäßige Ausschüttung** von einem Teil des Gewinns an den Kreis für soziale und kulturelle Zwecke.



## 5.5 Nein! zu ÖPP - Partnerschaft, die keine ist

So genannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP oder englisch: Public Private Partnership, PPP) sind Formen neoliberaler Privatisierung, die aufkamen, als Privatisierungen im engeren Sinne zunehmend unter Kritik gerieten.

Diese nun als „Partnerschaften“ titulierten Konstrukte sind juristisch betrachtet Verträge, deren Ziel darin besteht öffentliche Aufgaben und oder öffentliches Eigentum auf Private zu übertragen.

Gleichzeitig führt die den i.d.R. geheimen ÖPP-Verträgen zugrunde liegende juristische Konstruktion dazu, dass die vertraglichen Risiken überwiegend von der öffentlichen Hand getragen werden, während die private Vertragspartei in der Regel mit garantierten Einnahmen rechnen kann.

ÖPP-Verträge folgen also dem Muster „Privatisierung der Gewinne - Vergesellschaftung der Verluste“.



Die bisherige Verbreitung von ÖPP in Deutschland war möglich, weil ÖPP von den letzten Bundesregierungen massiv beworben und finanziell und politisch gefördert wurde. Das am deutlichsten sichtbare Zeichen für diese Politik ist die Gründung der ÖPP Deutschland AG, einer Beratergesellschaft, die im Wesentlichen mit Steuergeldern finanziert wird und an der von privater Seite überwiegend Unternehmen beteiligt sind, die an ÖPP-Projekten verdienen.

Da ÖPP-Modelle in aller Regel mit Mehrkosten und grundsätzlich mit unkalkulierbaren Risiken für die öffentliche Hand und damit der Allgemeinheit verbunden sind und die Abschlüsse und Verträge zudem intransparent sind, widerspricht ÖPP den Grundprinzipien von Demokratie und einer verantwortungsvollen Haushaltsführung.

Mit Inkrafttreten der so genannten „Schuldenbremse“ und des Fiskalpakts stieg der Druck auf die öffentliche Hand die Aufnahme von neuen Krediten zu vermeiden. ÖPP wird vor diesem Hintergrund häufig als eleganter Lösungsweg propagiert, um dennoch wichtige Projekte verwirklichen zu können. Tatsächlich belastet ÖPP die öffentlichen Haushalte jedoch in ähnlicher Weise wie Kredite dies tun. An die Stelle von Zins- und Tilgungslasten treten die laufenden Zahlungsverpflichtungen aus den ÖPP-Verträgen. ÖPP führt damit zu einer Verschleierung der öffentlichen Verschuldung.

#### **Die wesentlichen Folgen einer ÖPP-Politik sind:**

- Die Verteuerung des eigentlichen Projektes durch Fehlkalkulation des privaten Unternehmens. Oft wird mit niedrigem Preis gelockt, der dann nicht eingehalten werden kann.
- Mangelnde Einflussnahme insgesamt: das Projekt ist im Besitz des Unternehmens, die Kommune darf es mieten und wird somit rechtlich weitestgehend ins Abseits gestellt.
- Mangelnde Kontrolle über die Qualität der Arbeitsweise des Unternehmens.
- Durch die entstandene Abhängigkeit von einem privaten Unternehmen treten schnell Finanzierungskonflikte auf wie z.B. die Weiterbetreuung, Wartung und Pflege des Projektes (Beispiel Lauenburgische Gelehrtenschule: benötigter weiterer Anbau, Ausstattung sanitäre Anlagen, Gebäudereinigung, Renovierungen etc.). Das Unternehmen ist in der komfortablen Lage, seine Vorstellungen diktieren zu können.
- Am Ende der Vertragslaufzeit gehen die häufig instandsetzungsbedürftigen Gebäude und Anlagen in den Besitz der öffentlichen Hand über, die dann auch noch für die Folgekosten einer aufwendigen Sanierungs- oder Rückbaumaßnahme aufkommen muss.

#### **Wir setzen uns daher dafür ein,**

- dass bestehende Verträge offengelegt werden.
- dass zukünftig keine ÖPP-Modelle bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zugrunde gelegt werden.
- eine Übertragung staatlichen / öffentlichen Eigentums an Private abzulehnen!

## 6. Ein Herzogtum für den Frieden

### 6.1 Solidarisch und bunt statt braun

DIE LINKE steht für ein solidarisches und buntes Herzogtum. Wir wollen die existierenden zivilgesellschaftlichen Initiativen und Beratungsstellen gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus stärken. Wir brauchen im Parlament und auf der Straße eine klare Kante gegen rechte Gewalt. DIE LINKE im Herzogtum steht für die konsequente Bekämpfung des Faschismus! Wir schauen nicht weg. Wir sind präsent, um zu verdeutlichen, dass wir für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz stehen!

Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen, auch in der Gemeindevertretung. Wir wollen das demokratische Gemeinwesen und das friedliche und tolerante Miteinander im Herzogtum vertiefen.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Art von Rassismus, Antisemitismus, Antiislamismus, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus! Unsere Solidarität mit allen diskriminierten und benachteiligten Gruppen ist unteilbar. Wir unterstützen LGBTIQA\* , wollen Menschen mit Behinderungen einbeziehen und kämpfen gemeinsam gegen jede Diskriminierung. Frauenberatungsstellen wollen wir ebenso stärken wie Frauenhäuser.

Kein Mensch ist illegal und Flucht ist kein Verbrechen. Wir unterstützen die Forderung nach sofortiger Schließung des Abschiebeknastes in Glückstadt und den Stopp der Abschiebungen.



Wir unterstützen alle Menschen innerhalb und außerhalb der Partei, die an den Themen und Aktivitäten Interesse haben. Wir sehen uns nicht in erster Linie als Denkfabrik, sondern wollen auf unterschiedlichste Weise aktiv sein. Einen wichtigen Schwerpunkt sehen wir in der Vernetzung mit bestehenden Strukturen, sowie mit Gruppen und Aktivist\*innen außerhalb der Partei. Deshalb arbeiten wir im Bündnis „Das Herzogtum bleibt nazifrei“ mit.

#### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Wir setzen uns ein für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit, sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich.
- Wir setzen uns ein für eine aktive Antidiskriminierungspolitik.
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts.
- Verweigerung der Vergabe von kommunalen Räumlichkeiten an fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, sexistische Parteien und Gruppierungen.

## 6.2 Friedensarbeit stärken



DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die sich konsequent gegen den Einsatz der Bundeswehr im Ausland und den Versuch von Konfliktlösungen durch militärische Mittel einsetzt. DIE LINKE ist eine Partei des Friedens und des Völkerrechts und lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. Das entspricht der Charta der Vereinten Nationen und dem deutschen Grundgesetz: Beide enthalten ein Friedensgebot und Gewaltverbot und legen fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. DIE LINKE verurteilt Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Angriff verstößt ganz klar gegen das Völkerrecht und bedeutet unendliches Leid für die Menschen in der Region. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, deren Leben bedroht ist.

Wir sind gegen Rüstungsexporte und setzen uns für den Umbau der Rüstungsindustrie zur Produktion ziviler Güter ein. Derzeit sind im Herzogtum Lauenburg keine Unternehmen ansässig, die Waffen oder andere Rüstungsgüter produzieren. Die Kommunen sollten bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete darauf achten, dass dies in Zukunft auch so bleibt.

### Kein Werben fürs Töten und Sterben

Soldat\*innen werden zum Töten von anderen Menschen ausgebildet und müssen bereit sein, selbst beim Einsatz getötet zu werden. In der Selbstdarstellung der Bundeswehr wird dies jedoch kaum bis gar nicht thematisiert. Da gibt es eher so etwas wie eine verklärte Pfadfinderromantik, Herausforderungen beim Einsatz modernster Techniken und verheißungsvolle Karrierechancen für alle.

Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Deshalb gehört sie nicht auf regionale Jobmessen. Auch auf Info-Veranstaltungen an Schulen und Jugendeinrichtungen hat die Bundeswehr nichts zu suchen.

Wir werden uns daher in den Kommunen und bei den regionalen Wirtschaftsverbänden dafür einsetzen, dass der Bundeswehr kein Raum für Werbeauftritte eingeräumt wird. Zusammen mit Lehrer\*innen und Elternvertreter\*innen werden wir uns dafür stark machen, dass an unseren Schulen keine Werbeveranstaltungen mit Jugendoffizieren oder ähnlichem stattfinden. Schulen sind zivile Einrichtungen und sollten ihrer Verantwortung gerecht werden für eine Gesellschaft, in der Konflikte durch Kompromisse gelöst werden und nicht durch Gewalt. Die Erfolge von Mediation, ziviler Konfliktbearbeitung, demokratischem gewaltfreiem Wandel müssen den Schülern und Schülerinnen vermittelt werden - nicht aber die „beruflichen Chancen“ und die „Abenteuer und Grenzerfahrungen“ des Soldatenberufes.



### Unsere Ziele in der Kommunalpolitik:

- Keine Werbeauftritte der Bundeswehr auf regionalen Jobmessen o.ä.
- Keine Werbeveranstaltungen von sog. „Jugendoffizieren“ an Schulen und Jugendeinrichtungen.
- Mediation und zivile Konfliktlösungen als Unterrichtsbestandteile an Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen.
- Ansiedlung von Rüstungsunternehmen verhindern.



## Unsere Listen-Kandidat\*innen für den Kreistag:



- Listenplatz 1,    Manfred Liedke (re.),    Industriekaufmann aus Poggensee,  
Listenplatz 2,    Timo Deinhard (li.),    Verwaltungsfachangestellter aus Mölln,  
Listenplatz 3,    Werner Hoffmann (2.v.r.),    Taxifahrer aus Mölln,  
Listenplatz 4,    Jürgen Fahl (3.v.l.),    Dipl.-Ing. aus Groß Boden,  
Listenplatz 5,    Doris Klinnert (2.v.l.),    IT-Kauffrau aus Berkenthin

**Gemeinwohl vor Profite!**

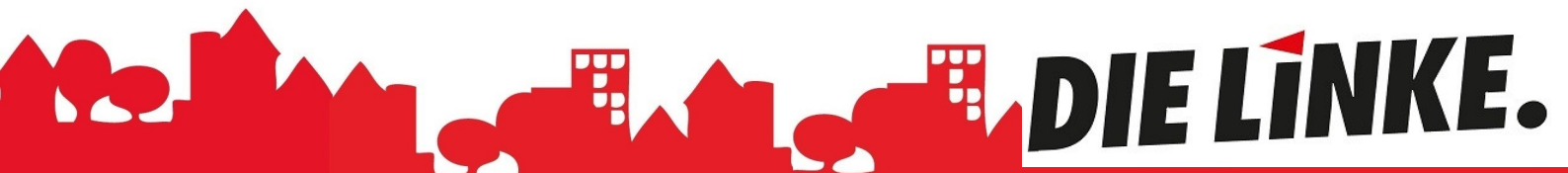


**Auf Till hören!**

**am 14. Mai**

**DIE LINKE. ~~⊗~~**

**wählen !**



**DIE LINKE.**